Die Geistlichen Hebungen in Wismar. Ein historischer Abriss

Inhaltsübersicht

- I. Die mittelalterlichen Verhältnisse
- II. Die Verhältnisse nach der Reformation
- III. Der Bürgervertrag von 1600
- IV. Die Wismarsche Kirchen- und Konsistorial-Ordnung von 1665
- V. Die landesherrlichen Kommissionen seit 1799
- VI. Das Regulativ von 1832
- VII. Die Auseinandersetzungen nach 1918
- VIII. Die Geistlichen Hebungen als unselbständige Dienststelle der Stadtverwaltung
- IX. Von der Aufhebung der kommunalen Selbstverwaltung bis zum Vertrag von 1961

I. Die mittelalterlichen Verhältnisse

Ursprünglich waren die Kirchen selbst Eigentümerinnen ihres Kirchengutes. In Wismar ist jedoch schon früh eine Mitwirkung von Bürgerschaft und Rat an der Verwaltung des Kirchenvermögens festzustellen. Die jeweilige Rechtspersönlichkeit der Kirchen, Klöster und Spitäler wurde dadurch allerdings nicht aufgehoben. Entstanden ist das Vermögen der Wismarer sog. Geistlichen Hebungen, wie anderswo, durch die Errichtung von Vikarien, Schenkungen, Seelgeräte, Rentenkauf, Vermächtnisse usw.¹

Als Vorsteher (*provisores, procuratores*) der Wismarer Kirchen erscheinen im 13. und 14. Jahrhundert noch Bürger, seit 1339 bei St. Marien, 1381 bei St. Nikolai sowie 1427 bei St. Georgen auch Bürgermeister und Ratsherren, seit dem 15. Jahrhundert meist bei St. Marien und St. Nikolai je zwei Bürgermeister, bei St. Georgen Ratsherren.² In die Zuständigkeit der vom Rat beauftragten Vorsteher fiel die Vermögensverwaltung, Bau und Unterhaltung der Kirchen- und Pfarrgebäude, die innere Ausschmückung der Kirchen sowie die Ausstattung derjenigen Vikarien, deren Patronat dem Rat zugeeignet war.³ Seit 1324 bzw. seit 1429 begeben auch je zwei Vorsteher, meist Bürgermeister, des Franziskaner- bzw. Dominikanerklosters.⁴ Von unvergleichlich größerer Bedeutung für die Stadt jedoch war das Vermögen der Hospitäler zum Hl. Geist und St. Jacobi. Wie in anderen mittelalterlichen Städten so stellte auch in Wismar das Vermögen der Hospitäler den bei weitem größten Teil des kirchlichen Vermögens. Der rasch anwachsende Besitz des 1253 ersterwähnten Hl.-Geist-Hospitals stand wahrscheinlich von Anfang an unter der Aufsicht und Verwaltung des Rates, der seit 1280 nachweislich über die Auflassung von Eigentum und den Verkauf von Renten des Hospitals entschied. Seit 1319 stehen zwei Ratsherren, seit 1324 zwei oder mehr Bürgermeister, seit 1526 auch Bürger ohne Ratsamt dem Hospital vor. Auch über das 1675 abgerissene Aussätzigenhaus St. Jakobi übte der Rat die Aufsicht und bestellte die Hofmeister, neben denen Ratsherren als Vorsteher bezeugt sind.⁵

¹ Einzelnachweise im Mecklenburgischen Urkundenbuch sowie im rechtsgeschichtlichen Erachten von Staatsarchivrat Dr. Werner Strecker: Die Rechtsverhältnisse der Wismarer Kirchen, Pfarr- und Küsterhäuser, maschr. Schwerin 1929, S. 1-19; Archiv der Hansestadt Wismar (AHW), Ratsakten XXIII,8,23; auch Ratsbibliothek Wismar; Abschrift mit veränderter Seitenzählung in den Akten des Oberkirchenrats (OKR) Schwerin.

² Friedrich Techen: Geschichte der Seestadt Wismar, Wismar 1929, S. 115.

³ Strecker: Rechtsverhältnisse (wie Anm. 1), S. 1-19.

⁴ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 119.

⁵ Ders.: Das Haus zum Heiligen Geiste zu Wismar, MJB 91 (1927), S. 153-248, S. 181-187; ders.: Geschichte (wie Anm. 2), S. 120-122 u. 459-460.

II. Die Verhältnisse nach der Reformation

Auch nach der Reformation blieben die Hebungen in der bestehenden Verfassung, also mit allem dazugehörigen Eigentum, bestehen. Sie behielten ihre überkommenen Namen, wurden separat verwaltet und dienten nach wie vor den ursprünglichen kirchlichen und wohltätigen Zwecken.

In den innerstädtischen Verfassungskämpfen am Vorabend der Reformation erlangte die Wismarer Bürgerschaft einen Anteil an der bisher allein dem Rat zustehenden Verwaltung. In der Guten Ordinancie vom April 1524 ordnete sie nicht nur den städtischen Ämtern, sondern auch den Gotteshäusern Bürger und Ämterleute zu. 1526 wurde die Rechnung des Hl.-Geist-Hospitals über die Wirtschaftsjahre seit 1523 von zwei Bürgermeistern und zwei Vertretern der Bürgerschaft abgenommen.⁶ Am 17. Juli 1531 erklärte der Rat, der Bürgerschaft alle Werkhäuser und ihre Güter überliefert zu haben, und am 11. August desselben Jahres kam er mit dem 40er Ausschuß überein, für jedes der fünf Gotteshäuser drei Bürger und einen der Ämterleute zu wählen. Diese sollten vier Jahre amtieren, wobei alle zwei Jahre zwei der vier Vorsteher neu gewählt werden sollten. Gleichzeitig sollte Rechnung über die vergangenen zwei Wirtschaftsjahre gelegt werde. Die insgesamt 20 Vorsteher sollten zum 40er-Ausschuß der Bürgerschaft gehören. Die Vorsteher der Marientiden zu St. Nikolai waren am 24. November 1531 die ersten, die ihre Hebungen und Urkunden an den 40er-Ausschuß abtraten, der zur Versorgung der Armen und der evangelischen Prädikanten erwählt worden war.⁷ Dann ließ der Rat auf Antrag der zu den Kirchen erwählten Bürger am 1. Februar 1532 die Lade der Marien- und Gertrudenbruderschaft auf die Kämmerei schaffen.⁸ Am 20. Juni übergaben die Vikare von St. Georgen den Vorstehern der Armut ihre Renten zum allgemeinen Besten, für die Armen und für ihre eigenen Bedürfnisse.⁹

Am 11. Juni 1534 beschlossen Rat und Bürgerschaft, alle ledigen Hebungen von Bruderschaften, Kalanden, Kommenden usw. zum Unterhalt der Prädikanten und Kirchendiener und zur Versorgung der Armen zu verwenden. Wer solch Gut nicht gutwillig herausgeben wollte, sollte beim Rat angezeigt werden, auf daß dieser ihn unter Androhung des Verbots, seinem Beruf oder Gewerbe nachzukommen, dazu ermahne.¹⁰ Tatsächlich kam es in den nächsten Jahren zu umfangreichen Abtretungen.

Während der Kriegsnot der Grafenfehde griff der Rat 1535 auf das Kirchensilber zurück, um daraus fast 7.000 Mark zu lösen. Im Februar 1536 klagte der Dominikanerprior gegenüber Herzog Albrecht V., daß der Rat Kleinodien des Klosters an sich genommen habe. Ebenfalls mit der Begründung von Kriegsgefahr wurde am 8. März 1554 das Silber des Klosters in einer Kiste verschlossen und aufs Rathaus gebracht, aber dem Prior eines der Schlösser mit Schlüssel zugestanden.¹¹

⁶ Ders.: Haus zum Heiligen Geiste (wie Anm. 5), S. 193; ders.: Geschichte (wie Anm. 2), S. 110.

⁷ Zeugebuch bei Dietrich Schröder: Kirchen-Historie des Evangelischen Mecklenburgs vom Jahre 1518 bis 1742, 2 Teile, Rostock 1788, T. I, S. 201-204.

⁸ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 140.

⁹ Schröder I (wie Anm. 7), S. 270-271.

¹⁰ Ebenda, S. 298-299.

¹¹ Carl Ferdinand Crain: Die Reformation der christlichen Kirche in Wismar, Wismar 1841, S. 16; Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 141.

Am 22. März 1543 rechneten die zur Armenversorgung bestellten 8 Ratsherren und 16 Bürger vor einem Ausschuß des Rates über die seit der Rechnungslegung von 1536 vergangene Zeit ab und wiesen eine sich deckende Einnahme und Ausgabe von rund 2.320 Mark nach, wobei das Geld überwiegend zur Besoldung der Kirchendiener und für den Hausbau verwendet worden war.¹²

Am 23. November desselben Jahres beschloß der Rat, daß von den von der Kämmerei und den städtischen Dörfern für geistliche Lehen zu zahlenden Renten oder Pachten abwesenden Inhabern, die keine Offizianten unterhielten, das dem Offizianten pflichtige Geld zur Besoldung der Prädikanten und anderen Kirchendiener, des Schulmeisters und der Lehrer etc., verwendet werden sollte.¹³

1548 erkannten die Herzöge in einer Privilegienbestätigung an, daß der Rat den Kirchen, Klöstern, Kapellen und übrigen Gotteshäusern in und vor der Stadt vorstehe und sie vertrete („Vorstandt und Vorbittinge“).¹⁴

Ein weiterer Schritt zur Sicherung der Geistlichen Hebungen sollte mit der Verordnung über die Verwaltung der Geistlichen Hebungen vom 17. Oktober 1555 erfolgen. Der Rat ordnete je drei Ratsherren, Bürger und Ämterleute sowie einen beeideten Schreiber ab, die ein Inventar sämtlicher in den Wismarer Gotteshäusern fundierten Stiftungen erstellen sollten, jedoch mit Vorbehalt der Rechte der Patrone. Die Stiftungen sollten in erster Linie den Kirchendienern, Schullehrern sowie armen Schülern und Studenten zugute kommen, – gedacht war an die Einrichtung von acht Stipendien für arme Bürgerkinder -; der Rest war für die Armen bestimmt.¹⁵

Alle Urkunden über die Geistlichen Hebungen sollten in einer Kammer der Marienkirche aufbewahrt werden. 1580/81 befanden sie sich wieder auf dem Rathaus. Laut Instruktion der damals geplanten städtischen Kirchenvisitation lagerten sie dort wohl verstaut in einer sechsfach verschlossenen Kiste.¹⁶

Indes ist aus dieser Inventarisierung nichts geworden, wohl weil Herzog Johann Albrecht I. 1552 auf Bitten der Landschaft in Mecklenburg eine Kirchenvisitation angeordnet und zu diesem Zwecke auch die Seestädte aufgefordert hatte, Verzeichnisse der Kirchengüter anzulegen und zur Verfügung zu halten, wozu Wismar unter Berufung auf die herzogliche Privilegienbestätigung von 1548 freilich ebenso wenig bereit war wie Rostock. Die Stadt erklärte sich zwar bereit, die Güter zu verzeichnen und die erledigten Lehen zum Besten der Prädikanten, Kirchen, Schulen und Armen zu verwenden; auch könne sie, wenn der Rat hinzugezogen und es ihr gelegen sein würde, dulden, daß unter Vorbehalt aller städtischen Freiheiten eine Anordnung über die Verwendung erlassen würde; dagegen könne sie nicht zulassen, daß Fremde ein Verzeichnis hätten.

Auch in den nächsten Jahrzehnten erwehrten sich die beiden Hansestädte erfolgreich beabsichtigter landesherrlicher Kirchenvisitation. Wismar erklärte 1555, die Kirchendiener nicht weniger gut versorgt zu haben, wie es anderswo in den wendischen Städten und in

¹² Schröder I (wie Anm. 7), S. 470.

¹³ Ebenda, S. 469.

¹⁴ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 469 Anm. 117; Strecker: Rechtsverhältnisse (wie Anm. 1), S. 21.

¹⁵ Schröder II (wie Anm. 7), S. 125-126.

¹⁶ Geht hervor aus: Landeskirchliches Archiv Schwerin (LKAS), OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen (Kommissionsakten), Bd. III: Die Verhandlungen während der Commission unter Leitung des Ober-Appellations-Gerichts-Rathes Baron von Nettelblatt, 1827-1828, # 31.

Mecklenburg üblich sei; überhaupt sei für kirchliche Zwecke wohl gesorgt. Niemand könne sich über die Verwendung der Geistlichen Hebungen beklagen. Ebenso wenig ist allerdings auch aus einer 1570 von der Bürgerschaft angeregten städtischen Visitation geworden, obgleich im November des Jahres noch Visitatoren ernannt worden waren.

1579 plante der Rat aus Anlaß einer von der Bürgerschaft geforderten Rechnungsaufnahme bei den Gotteshäusern erneut die Registrierung der geistlichen Güter, um sie gegen Entfremdung und Mißbrauch zu sichern. Die Bürgerschaft wollte dieses Mal jedoch nicht nur bei der Erstellung des Inventars, sondern schon bei der Instruktion dafür mitwirken. Die häufig den führenden Geschlechtern entspringenden Patrone fürchteten nun nicht nur um ihre Rechte. Manch einer hatte auch zu befürchten, entfremdetes geistliches Gut wieder herausgeben zu müssen. Denjenigen, die von ihren Vorfahren für Hospitäler und Armenhäuser gestiftete Hebungen an sich gebracht hatten, sollte sogar das Appellationsrecht verweigert werden. Doch auch aus diesem Vorhaben einer Inventarisierung der Stiftungen wurde nichts, löste er doch langwierige Verfassungsstreitigkeiten aus, an denen sein Zustandekommen letztlich scheiterte. Von der am 23. Februar 1581 doch noch beschlossenen Instruktion wurde nachträglich das Siegel wieder entfernt.¹⁷

Die Verfassungsstreitigkeiten zogen sich bis zum Einigungsvertrag vom 21. November 1583 hin, der mit Artikel 17 auch eine teilweise Neuregelung der Verwaltung der Geistlichen Hebungen vorsah (Die Verordnung über die Verwaltung der Geistlichen Hebungen vom 17. Oktober 1555 war ja nie in Kraft getreten): Die Verwaltung der Gottes-, Armen- und Werkhäuser sollte künftig von den Bürgermeistern den Ämtern, Ratsverordneten und Bürgern anvertraut werden. Die bei den Spitälern Hl. Geist (4) und St. Jakobi (4) sowie die zu den Kirchen St. Marien (3), St. Nikolai (1) und St. Georgen (1) verordneten Herren wurden dazu auf weitere drei Jahre bestätigt. Die Kirchenvorsteher sollten zugleich Kirchengebäude und Ziegelhof verwalten.¹⁸

„Unter der Hand hat der Rat trotz aller Widerstände die kirchlichen Vermögensgegenstände bis auf geringe Ausnahmen zu sichern und unter seine Verwaltung zu bringen gewußt. Es sind zu dem Zwecke Auszüge aus den Stadtbüchern über die Vikareien und andern Stiftungen verschriebenen Renten aus Häusern und Äckern 1535 angelegt und bis 1583 vervollständigt: die geistlichen Stadtbuchschriften; lokal geordnete Verzeichnisse der Altäre und Vikareien in den drei Pfarrkirchen aufgestellt (aus verblässender Kunde); die Urkunden in Kopiaibüchern zusammengetragen. Endlich ist 1601 ein ‚Verzeichnis aller Hauptsummen‘ angefertigt. Von den oft langjährigen Rückständen wird nicht wenig verloren gegangen sein, weil es an Registern der alten Geistlichkeit fehlte... Das überflüssige Kirchensilber ist, nachdem zuerst 1535, um dringender Geldnot zu steuern, dazu gegriffen und seitdem hier und da davon beschlagnahmt war, 1579, 1581 und 1582 in großem Maße eingezogen. Einnehmer der Geistlichen Hebungen begegnen in den geistlichen Stadtbuchschriften zuerst 1580 und 1582. Der Rat hatte also seine Schuldigkeit getan.“ (Techen 1929)¹⁹

Dennoch haben einzelne Ämter wie die Bäcker, Böttcher und Hutmacher und einzelne Familien wie die Swartekop an ihren Patronatsrechten und der Vermögensverwaltung ihrer

¹⁷ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 141-143, nach Quellen aus dem Stadtarchiv Wismar; Auszüge aus der Instruktion finden sich auch in LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen (Regierungsakten), Bd. IV, 1828-1829, # 32, S. 6-7.

¹⁸ Die Bürgersprachen und Bürgerverträge der Stadt Wismar. Zum ersten Male vollständig hg. v. C.C.H. Burmeister, Wismar 1840, S.106-107.

¹⁹ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 143.

Stiftungen noch lange festgehalten, so daß diese entweder spät oder auch gar nicht der Allgemeinheit zugute kamen.²⁰

III. Der Bürgervertrag von 1600

Die inneren Verfassungstreitigkeiten Wismars setzten sich fort, bis schließlich Herzog Ulrich III. 1599 vermittelnd in den Streit eingriff. Der am 19. März 1600 zwischen Rat und Bürgerschaft geschlossene sog. Bürgervertrag sollte für Jahrhunderte das neue Grundgesetz der Hansestadt bilden.

Die Verwaltung der Gottes-, Armen- und Werkhäuser wurde in den Artikeln 71 bis 73 geregelt: Zur Sicherung des Verwaltungszwecks bildeten vier vereidigte Personen das Verwaltungsorgan des jeweiligen Kirchengutes. Von den vier Hebungsbürgern sollten Rat und Bürgerausschuß je zwei aus dem Ausschuß und aus der Gemeinde wählen. Diese hatten nunmehr jährlich Rechnung zu legen.²¹ In einer Deklaration vom 28. Januar 1602 ergänzte Herzog Ulrich III. die Bestimmungen des Bürgervertrages für die Provisoren um die Anzeigepflicht von Alienationen, Mängeln und Unrichtigkeiten gegenüber dem Rat.²² Später hat der Bürgerausschuß auch das Recht erlangt, Ausgaben der Geistlichen Hebungen zu bewilligen, während er anfangs nur durch Deputierte an der Prüfung der Rechnungen teilnehmen konnte.²³

1605 wurden verschiedene von Bürgern und Handwerksämtern gestiftete Stipendien aus den Jahren 1399-1603 zum sog. Stipendiatenlehen vereinigt und die Verwaltung dem Ratssekretär übertragen. Auch Proteste der Ämter und verschiedener Bürger konnten dies nicht verhindern und erreichten lediglich, daß die Verwaltung der Stiftung im Sinne des Bürgervertrages geändert wurde.²⁴

IV. Die Wismarsche Kirchen- und Konsistorial-Ordnung von 1665

Hatten die herzoglichen Kommissare noch 1600 und 1618 die Revision der Rechnungen der Geistlichen Hebungen durchsetzen können, wenn auch nur „cum protestatione, ne in consequentiam“,²⁵ so wurden in schwedischer Zeit durch den Huldigungsrezeß von 1653²⁶

²⁰ Ebenda u. S. 470 Anm. 121.

²¹ „Articul. LXXI. Die Verwaltung der Gottes-, Armen- vnd Werkheuser sol vom Rathe vnnndt Außschoß Vier wolbegueterten getrewenn vnd vleißigen Personen anbeuohlen vnd vonn Ihnen jährliche beständige Rechnung genommen werdenn. Articul. LXXII. Vnd sollen solche Personen folgender gestaldt erwehlet werden, alß nemblich, ein Erbar Rath soll eine Person auß ihrem mittel, vnd die ander Person auß der Gemeine elegiren. Articul. LXXIII. So sollen auch ermelte Vier Personen deßelbigen Ihres Ampts vnnnd Verwaltung halben in einen besondern Eidt, darüber der Rath mit dem Auschuß sich wird zuuergleichen wißenn, genommen werden“; Bürgersprachen und Bürgerverträge (wie Anm. 18), S. 125.

²² Ebenda, S. 129.

²³ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 187.

²⁴ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen (Regierungsakten), Bd. III, 1828-1829, # 32 (Darstellung der bisherigen Verwaltung der geistlichen Hebungen zu Wismar durch den großherzoglichen Kommissar Baron von Nettelblatt 1828), S. 16-18.

²⁵ Ebenda, S. 14-15, die Instruktion der herzoglichen Kommissare von 1618; Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 469 Anm. 119; Strecker: Rechtsverhältnisse (wie Anm. 1), S. 23.

²⁶ Zitat in LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen (Regierungsakten), Bd. III, 1828-1829, # 32, S.18-19.

und die Wismarsche Kirchen- und Konsistorial-Ordnung von 1665²⁷ die seit der Reformation zwischen Landesherr und Rat der Stadt umstrittenen Patronatsverhältnisse für die Zukunft geregelt. Beide Ordnungen beließen wesentliche Rechte, die Verwaltung des Kirchengutes, die Präsentation der Pastoren an den Hauptkirchen und die Bestellung der Provisoren, bei der Stadt. Der Landesherrschaft blieb lediglich die Oberaufsicht über die Vorschriftsmäßigkeit der Verwaltung und Verwendung der Hebungen vorbehalten. Nachdem Wismar in mecklenburg-schwerinsche Verwaltung zurückgekehrt war, erkannte das Regulativ über die kirchlichen Verhältnisse Wismars vom 10. März 1829 die Rechte der Stadt an. Nach § 20 sollte die Stadt unverkürzt im Besitz des *jus patronatus* verbleiben.²⁸

Die Wismarsche Kirchen- und Konsistorialordnung von 1665 ordnet unter Titel XI bisher am ausführlichsten die Verwaltung der Kirchen- und anderer geistlicher Güter die Pflichten der Provisoren, wenn sie auch sonst im wesentlichen den Artikeln des Bürgervertrages folgt:

„Es soll bey allen Kirchen, Hospitalien und geistlichen Stiftern in fleißigem Aufmercken und Obacht seyn, daß die dazu gehörige und bewidmete, beweg- und unbewegliche Güter, Renten, Hebungen, außstehende Gelder, Einkommen und Nutzbahrkeiten, wie sie Namen haben, in gutem gedeilichen Wesen erhalten, wol verwaltet und administrirt, zu geistlichem Gebrauch angewendet, nicht veräusert noch verringert, oder unter einigen Schein, welcher der auch were, von der Kirchen abgebracht werden, vielmehr da in vorigen Zeiten etwas davon abgekommen, dahin getrachtet werden, daß dieselbe zu dem geistlichen Gebrauch wiederumb gebracht, der Kirchen Haab und Einkommen verbeßert werden, gestaltsamb dann, wann nicht erweißlich, daß legaliter die Alienationes und Veränderungen der geistlichen Güter und Einkommen geschehen, die Possessores mit keiner Praescription sich schützen, sondern zu dero Abtretung ungesäubt angehalten werden sollen.“²⁹

§ 2 ordnete erneut die Erstellung eines Inventars aller Hebungen an und § 3 beschreibt nochmals die bekannte Zusammensetzung und Wahl der vier Provisoren³⁰, während § 4 die Rechnungslegung durch den Provisor regelt: „Solche Provisores sein vermöge ihres deßwegen absonderlich geleisteten Eydes, schuldig über die Kirchengüter, Einkommen und Außgaben richtige Rechnung zu halten, solche alle Jahr umb Michaelis [29. September] dem Rath abzulegen, welcher dieselbe von ihnen abzufordern durch Deputirte aus dem Rath und Bürgerschaft examiniren zu laßen, wann sie einem und andern unrichtig befunden, die Provisoren zur Richtigmachung ernstlich anzuweisen. Wann solche erfolget, sollen zwey Abschriften davon gefertigt, versiegelt, und eine bey dem Rathhauß behalten, das ander bey der Kirchen, zu welcher sie gehören, niedergelegt werden.“

§ 5 schildert die Pflichten des Provisors: „Zu der Provisoren Ambt gehöret Crafft geschwornen Eydes auf die Kirchen, dero Gebäude und Häuser fleißige Acht haben, und zu beschaffen, daß sie in gutem baulichen Wesen erhalten, die Prediger und andern

²⁷ LKAS, OKR Specialia Wismar, Wismarsche Kirchen- und Konsistorialordnung, 1665 (Abschrift v. 1829), (im Folgenden: Konsistorialordnung).

²⁸ Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsches offcielles Wochenblatt 1829, S. 54. Die Angaben in den Staatskalendern nach 1829, das Patronat sei „landesherrlich und rätlich“ bzw. im Staatshandbuch von 1927 „staatlich und städtisch“ sind daher nicht zutreffend; Strecker: Rechtsverhältnisse (wie Anm.1), S. 25.

²⁹ Konsistorialordnung XI § 1.

³⁰ Ebenda, § 3: „Die Verwaltung der geistlichen Güter ist in Unser Stadt Wismar, vermöge aufgerichteten Bürgervertrages, bey den dazu verordneten Provisoren, gestaltsamb dann bey jedweder Kirch-, Gottes- und Armenhäuser von dem Rath und Außschuß gewiße Personen, die wolbegütert, getreu fleißig, guten Namens und wandels sein, als von dem Rath einer ihres Mittels, einer aus der Gemeine, und von dem Außschuß auch einer aus ihrem Mittel, die ander aus der Gemeine sollen dazu erwehlet, in eine absonderliche Eydespflicht genommen, und durch dieselbe die Kirchen- und andere geistliche Güter sorgfältig administrirt werden.“

Kirchendiener zu rechter Zeit besoldet, und zu dem, so ihnen gebühret, verholffen, der Kirchen Güter zum besten und höchsten, als möglich genützet, die Hebungen und Schulde zeitig eingefordert, der Vorrath wiederumb unverzüglich nießbahr gemachet, nichts müßig gelaßen, und unnötige Außgaben vermitteln werden.“

Die Paragraphen 6-7 beschäftigen sich mit den Wismarschen Landpfarren und deren Gütern. § 8 fährt fort mit der Beschreibung der Aufgaben der Provisoren: Sie „sollen keine der Kirchen und Gottes Häußer Gelder ohne jeder Orts unmittelbahrer Obrigkeit Vorwißen und Consens, auch nicht anderst, dann unter Unser Böttmäßigkeit, und auf gnugsame unterpfändliche Versicherung, daß sie jährlich der Zinsen, und auf Loßkündigung des Capitals, gewiß sein, ausleihen, nichts aber davon die Provisoren und Juraten in ihren oder der ihrigen Nutzen verwenden, borgen und bey sich behalten, bey Straff der Remotion, und nebst der Erstattung des Empfangs der Helffte deßelben.“

§ 9 schließlich legt die grundsätzliche Unveräußerbarkeit und Unveränderlichkeit der geistlichen Güter fest: „Von den Kirchengütern soll nichts veräußert oder verendert werden, es geschehe dann mit Vorwißen des Consistorii, welchem die sich aufgebenden Ursachen warumb zur Veräußer- oder Verenderung zu schreiten, sollen vorhero schriftlich gemeldet, darauf praevia causa cognitione, ob solche notig und nützlich, erforschet und erwogen, alles, nach den gemeinen von Alienation der geistlichen disponirenden Rechten, abgerichtet darauf, nach Befindung ein Decretum alienationis ertheilet werden, außer demselben alles, was sonst darin ergeheth, nichtig und von keinen Cräfften, daher zu jeder Zeit, ohngeachtet aller Praescription, revocabel sein. Es ist aber hierunter nicht zu verstehen, die Umbsetzung der Kirchengelder, aus Häußern, Äckern oder dergleichen, von einem Ort zum andern, wie auch derselben Belegung auf Zinsen, so den Provisoren in der Stadt auf ihre Verantwortung ... gelaßen ...“.³¹

Die Konsistorialordnung von 1665 bildete die Grundlage für alle kommenden Kirchenvisitationen, durch deren Abschiede und Konfirmatorialbescheide die Bestimmungen bezüglich der Hebungsverwaltung verschiedentlich ergänzt wurden: Seit 1667 hatte jede Hebung einen jährlichen Etat aufzustellen und sich zur Vorgabe zu machen. Den Provisoren wurde bei Haftung verboten, Stundungen für der Kirche schuldige Zahlungen zu erteilen. Für nicht angezeigte und beigetriebene Restanten waren sie haftbar zu machen.³² Die Kapitalien der Hebungen durften nicht ohne Vorwissen des Consistoriums von einer zur anderen gelegt werden.³³ Die Belegung von Grundstücken gegen Verschreibung im Stadtbuch durfte nur geschehen, wenn zuvor untersucht worden war, ob die Häuser anderweitig bereits über die Hälfte des Wertes beschwert waren, alles unter Vorbehalt des Regresses gegen Patron und Provisoren.³⁴ Aus den Almosentafel- und Armenbeutel-Hebungen sollten keine Salarien bezahlt werden.³⁵ Besoldungserhöhungen für Kirchen- und Schuldiener durften nur mit

³¹ Ebenda, § 9; die die Landpfarren betreffenden Stellen wurden ausgespart.

³² Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS), 2.25-4 Superintendentur Wismar, Wismar, Visitationen. Letztere Bestimmung wurde in einem Mandat vom 8.9.1706, in dem Visitationsabschied von 1731 V § 7 sowie der Konfirmatorialbescheide vom 27.10.1734 und 19.12.1747 ad V § 7 wiederholt; LKAS, OKR Specialia Wismar, Konfirmatorialbescheid des Kirchenvisitationsabschiedes vom Jahre 1731, 1731-1734; ebenda, Konfirmatorialbescheid des Kirchenvisitationsabschiedes vom Jahre 1737, 1747. Zusammenstellung aller Abschiede und Bescheide durch Kommissar von Nettelblatt in ebenda, Geistliche Hebungen (Regierungsakten), Bd. III, 1828-1829, # 32.

³³ Ebenda, 1731 V § 5.

³⁴ Ebenda, 1747-12-19 ad V § 5.

³⁵ Ebenda, 1731 V § 13, 1749-10-9 ad V § 13; ebenda; Protokolle der Kirchenvisitation in der Stadt Wismar, 1748-1749.

Wissen und Zustimmung des Konsistoriums erfolgen.³⁶ Es sollten über Baumaßnahmen spezielle Rechnungen angelegt, Baubesichtigungen jährlich vorgenommen und Baumaßnahmen über 50 Rt. ausgeschrieben werden.³⁷ Auch wurde wiederholt die jährliche Rechnungslegung³⁸, die Vermessung der Kirchenäcker³⁹ und das Ausschreiben von Quittungen für Rechnungen über 2 Rt.⁴⁰ angemahnt.

Ein Ergebnis des schwedischen Kirchenregiments war, daß in Wismar die aus der vorreformatorischen Zeit stammenden reichen kirchlichen Vermögen und Stiftungen erhalten blieben und ihren geistlichen Charakter bewahrten, während anderswo, etwa in Rostock, vieles verloren ging.⁴¹ Vor allem aber wurde in Wismar nicht die im übrigen Mecklenburg erfolgte Trennung der Vermögen von Kirche und Pfarre mitvollzogen.

V. Die landesherrlichen Kommissionen 1799 bis zum Regulativ von 1832

Die Akten des herzoglich-mecklenburg-schwerinschen Konsistoriums zu Schwerin über die Verhandlungen über die Wismarer Geistlichen Hebungen setzen mit den Vorakten der königlich-schwedischen Kommission zur Regulierung der Wismarschen Stadtangelegenheiten von 1799-1800 ein. Die Kommissare rügten verschiedene Zweckentfremdungen von Kirchengut. So war der Hafer für die reitenden Diener den Geistlichen Hebungen auferlegt worden, hatte die Wasser-Kollekte zinslos 500 Rt. erhalten und waren zum Gehalt des 3. Bürgermeisters 150 Rt. vorgeschossen worden. Der Magistrat beteuerte in seiner Stellungnahme vom 28. April 1800, daß Wasser-Kollekte und Stadtkämmerei die Posten ersetzen würden.⁴²

In einem Gutachten zu den vom Wismarer Rat vorgelegten Hebungsverzeichnissen vom 31. Mai 1800 beschreibt Domainenrat F.W. Schröder die Verwaltung der Geistlichen Hebungen um die Wende zum 19. Jahrhundert:

Diese unterteilt sich in zwei Patronate. Das erste untersteht dem ältesten Bürgermeister und hat folgende Hebungen zu verwalten:

1. Hl.-Geist-Hebung
2. Marienkirchenhebung
3. – Almosentafel
4. – Ziegelhofshebung
5. – Armenbeutelshhebung
6. Waisenhaus
7. Stipendiatenlehen

Zu dem zweiten Patronat, wovon der zweite Bürgermeister Patron ist, gehören:

1. St.-Jakobs-Hebung

³⁶ Ebenda, 1734-10-27, 1734-12-19, 1747-12-19 ad V § 6.

³⁷ Ebenda, 1667 IV, 1731 V § 9, 1737 V § 6, 1747-12-19 ad V § 11.

³⁸ Ebenda, 1667 IV § 6, 1731 V § 7, 1749-10-9 ad V § 1.

³⁹ Ebenda, 1667 IV § 1, 1731 V § 2, 1737 V.

⁴⁰ Ebenda, 1667 IV § 4, 1747-10-9 ad V § 6.

⁴¹ Michael Bunnens: Der Westfälische Frieden und Mecklenburg. Die Bistümer Ratzeburg und Schwerin und Stadt und Herrschaft Wismar, in: Der Westfälische Frieden und der deutsche Protestantismus, hrsg. v. Bernhard Hey, Bielefeld 1998, S. 65-80, S. 78.

⁴² Nach von Nesselblatts Darstellung der bisherigen Verwaltung der geistlichen Hebungen von 1828; LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen (Regierungsakten), Bd. III, # 32, S. 29-30.

2. Nikolaikirchenhebung
3. – Almosentafel
4. Georgenkirchenhebung
5. – Almosentafel
6. – Armenbeutelshabung
7. Franziskanerkloster.⁴³

Die vier geistlichen Hebungen im engeren Sinne dienten zur Besoldung der Pfarrer und Lehrer. Die Gebäudehebungen hatten die Kirchbauten zu erhalten. Bei den übrigen, vermögensmäßig im wesentlichen unbedeutenden Hebungen wurden die Einkünfte für unterschiedliche Zwecke verwandt. Jede Hebung wurde einzeln verwaltet. Außer dem Patron sind bei jeder Hebung ein Inspector und ein Provisor angestellt sowie bei beiden Patronaten je ein Oeconomus und ein Vice-Oeconomus.

Aus dem Bericht der Ratskommission zur Reform der Hebungsverwaltung von 1827 (s.u.) erfahren wir mehr zur Stellung und zu den Aufgaben der Ämter. Der Patron führt die Aufsicht und nimmt die Rechnungen ab. Der Inspector muß Mitglied des Rates sein. Er nimmt zusammen mit dem Patron die Patronatsgerichtsbarkeit wahr, so vorhanden. Ansonsten gilt er als weitgehend überflüssige Einrichtung. Der Provisor ist der eigentliche Verwalter, er führt die Einnahme- und Ausgaberechnung und besorgt Bauten und Reparaturen, während der Oeconomus lediglich die Rechnungen nach den von den Provisoren gelieferten Daten in eine angemessene Form bringt.⁴⁴

Doch zurück zur königlich-schwedischen Kommission ein Vierteljahrhundert zuvor. Domainenrat Schröder kritisiert die bisherige Praxis der Hebungsverwaltung durch den Rat, besonders die nichtöffentliche Verpachtung von Kirchengütern zum Schaden der Hebungen, welche erst durch den Rezeß vom 26. April 1792 anlässlich der letzten Kirchenvisitation abgestellt wurde, und listet die dagegen stehenden Bestimmungen seit dem Bürgervertrag auf (vgl. z.B. die Bestimmungen der Konsistorialordnung oben). Er bemängelt weiterhin, daß entgegen den wiederholten Konfirmatorialabschieden, zuletzt 1794, Quittungen für Rechnungen über 2 Mark fehlten, daß die Rechnungen fehlerhaft sind, daß durch die Patrone in den Pachtkontrakten nicht vorgesehene Abgaben von den Pächtern erhoben werden, daß für Stadtbuchschriften entgegen der Versicherung der Bürgermeister bei der Kirchenvisitation von 1747 Gebühren von den Kirchen und Hebungen erhoben werden, daß die Provisoren seit 1748 ein Entgelt erhalten und daß entgegen dem jüngsten Visitationsrezeß bei Bauten und Reparaturen sowie beim Kauf von Baumaterialien im Wert von über 50 Rt. keine Ausschreibung stattfindet, wobei er auch den Vorwurf des Nepotismus erhebt. Von den Bestimmungen des Bürgervertrages und der Konsistorialordnung sei man inzwischen gänzlich abgewichen.⁴⁵

Die Deputierten erteilten der Königlichen Kommission in der Sitzung vom 25. Juni 1800 folgende Auskünfte: Die Amtszeit eines Provisorats beträgt sechs Jahre, es wird aber von den Provisoren nur selten Demission begehrt. Das Corpus bonorum (Güterverzeichnis) der Hebungen wurde nicht weitergeführt und ist auch nicht mehr vorhanden, man suche jedoch, die Rechnungen zu vervollständigen. Die Verwendung der Hebungsgelder zu anderen städtischen Zwecken stützt sich auf eine königliche Resolution von 1687, „vermöge welcher

⁴³ Ebenda, Geistliche Hebungen (Kommissionsakten), Bd. I: Die Verhandlungen bey der Königl. Schwedischen Commission, 1799-1801, # 2.

⁴⁴ Ebenda, Bd. III: Die Verhandlungen während der Commission unter Leitung des Ober-Appellations-Gerichtsrathes Baron von Nettelblatt, 1827-1828, # 2, S. 3.

⁴⁵ Ebenda, Bd. I, 1799-1801, # 2.

auch die Dorfschaften der Hebungen zur Service herbeyzuziehen erlaubt worden, ferner die Resolution von 1755 wegen der Anleihen an die Accise-Bude. Aus den Gründen dieser beyden königlichen Resolutionen sowohl, als aus verschiedenen Äusserungen der königlichen Commissionen von 1722 und 1725 glaube man, es rechtfertigen zu können, wenn die Hebungen wenigstens im Falle der Noth der Stadt beyspringen müssen“.⁴⁶

In der Sitzung vom 30. Juni wiesen die Deputierten auch die Kritik der Kommission zurück, daß für jede auch noch so kleine Hebung ein besonderer Provisor bestellt sei: Der Artikel 71 des Bürgervertrages meint, daß je Hebung vier Provisoren einzusetzen seien. Das Eidbuch der Stadt belegt, daß schon 1603 für jede Hebung vier Provisoren im Amt waren. Der Sinn des Artikels war damals noch am besten bekannt gewesen. Erst nach und nach nahm die Zahl der Provisoren ab, so daß jetzt nur noch ein Provisor pro Hebung angestellt ist.

Die Kommission kam schließlich zu dem Ergebnis, daß ein beträchtlicher Teil der Einnahmen für Bauten und Reparaturen aufzuwenden sei, und forderte, daß bei künftigen Verpachtungen Inventare erstellt, Bau- und Reparaturkosten nur noch nach Kostenvoranschlag übernommen und nicht nur auf die persönlichen, sondern auch der Realabgaben erhoben werden sollte. Aus der Angabe ihrer fixen Einkünfte durch die Prediger ließe sich erschließen, „wie unzureichlich bisher die Hebungen ihrem vorzüglichen Zwecke, der Unterhaltung der Kirchen-Lehrer und – Diener entsprochen hätten“.⁴⁷

Wenig später endete Wismars schwedische Zeit und damit freilich auch die königlich-schwedische Kommission. Die Freude der Wismaraner über die Wiedervereinigung währte jedoch nur kurz. Denn schon 1804 beschloß die neue Regierung, die Arbeit der letzten königlich-schwedischen Kommission wieder aufzunehmen, und ernannte den Wirklichen Kanzleirat Bouchholtz wie wiederum den Geheimen Domainenrat Schröder zu Kommissaren. Letzterer verstarb jedoch noch vor Beginn der Verhandlungen. Die Verhandlungen, die am 25. April 1805 begannen, hatten die Frage der Abtragung der hohen Schuld der städtischen Akzisekammer bei den Hebungen zum Gegenstand. Darüber befragt hatte die Stadt nämlich lediglich eine Zurückstellung der Zinsschuld und eine Ermäßigung des Zinssatzes vorzuschlagen gewußt und um eine Senkung der Lizent (Seezoll) gebeten. Die mecklenburg-schwerinsche Regierung, die nicht gesinnt war, auf den von den Schweden übernommenen einträglichen Lizent zu verzichten, machte freilich eher städtische Mißwirtschaft denn widrige Geschehnisse für die gegenwärtigen Schulden in Höhe von 131.783 T. Kapital und 113.089 T. Zinsen verantwortlich.⁴⁸ Für manche Kapitalien hatte die Stadt schon seit 1768 keine Zinsen mehr gezahlt.⁴⁹ Die Verhandlungen entwickelten sich in Richtung einer Abtretung der Akzise an die Landesherrschaft, fanden jedoch durch den Einmarsch der Franzosen ein jähes Ende. Ihr einziges bleibendes Ergebnis war die Einziehung der Pfarre zum Hl. Geist, dessen Prediger zum Pastor an St. Georgen berufen wurde. Die Eingepfarrten wurden St. Georgen und St. Marien zugewiesen.⁵⁰ Auch die 1826 unter dem Bruder des Kommissars von 1805, dem Kanzleirat und Regierungsfiskal Bouchholtz, wieder aufgenommene Kommission, die die Abtretung der Akzise erreichen sollte, endete Anfang 1830 ergebnislos.⁵¹

⁴⁶ Ebenda, # 3, Protokoll v. 1800-VI-25.

⁴⁷ „... so sehr schlecht besoldete Kirchendiener“; ebenda, 1800-VI-30.

⁴⁸ Techen: Geschichte(wie Anm. 2), S. 281-283.

⁴⁹ Ebenda, S. 292.

⁵⁰ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen (Kommissionsakten), Bd. II: Die Verhandlungen während der Commission unter Leitung des Geh. Canzley-Rathes Bouchholtz, 1803-1807, Fasz. 19. Die Akte ist jedoch unvollständig. Die Akten der Landesregierung in geistlichen Angelegenheiten im Landeshauptarchiv, welche die Vorgänge ergänzen könnten, sind noch ungeordnet und nicht für die Benutzung frei gegeben.

⁵¹ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 304-306.

1826 setzte nun auch der Rat eine Kommission zur Reform der Hebungsverwaltung ein, die schon am 22. August 1827 einen fertigen Plan vorlegte, der auf Verwaltung aller Hebungen durch ein einziges Kollegium hinauslief, aber bei gemeinschaftlicher Kassenführung und Budgetverwaltung die Vermögen der einzelnen Hebungen gesondert erhalten wollte. Eine geregelte Bauaufsicht sollte der Rat ausüben. Die Kommission begründete ihren Reformentwurf vor allem mit dem bisherigen Fehlen einer regelmäßigen Kontrolle sowie mit dem ökonomischen Verfall einzelner Hebungen. Bisher wurden die 20 Hebungen von 20 verschiedenen Administrationsbehörden verwaltet. Die Patrone, die selbst ganz unbeschränkt walten konnten, kamen ihrer Aufsichtspflicht nach eigenem Gutdünken nach, d.h. eine Kontrolle fand, wenn überhaupt, nur sehr unregelmäßig statt. So war das Schicksal der einzelnen Hebung hauptsächlich von der Gewissenhaftigkeit der Person des jeweiligen Provisors abhängig. Dies und die Zersplitterung der Kräfte durch die getrennte Verwaltung hat zu dem Ratsbeschluß geführt, „die geistlichen Stiftungen unter Aufhebung der bisherigen getrennten Administration durch ein einziges Collegium gemeinschaftlich verwalten zu lassen“.⁵²

Schon der Konfirmatorialbescheid vom 27. September 1794 sah eine Unterstützung der unermögenden durch die bessergestellten Hebungen sowie die Vereinigung nutzlos gewordener mit unermögenden Hebungen vor.⁵³ Die Kommission betont daher auch: Diese Idee ist nicht neu, sondern schon vor Jahrhunderten erdacht worden. Auch folgt der Ratsbeschluß darin den Vorschlägen der letzten königlich-schwedischen Kommission, die ja tatsächlich aus ihrem Verständnis des Artikels 71 des Bürgervertrages heraus die getrennte Verwaltung der Hebungen bemängelt hatte (s.o.). Auch sind die ursprünglichen Zwecke, Besoldung der Kirchendiener, Erhaltung der Kirchengebäude, Unterstützung der Armut, von Anfang an nicht streng getrennt gewesen. Die Gegenannahme hingegen beruht „auf keinem positivem Grunde“. „Das einzige geschichtliche Fundament, auf dem hier gebaut werden kann, sind die Bestimmungen des Rathes und der Bürgerschaft über die Verwendung der Kirchengüter nach deren Säkularisation, namentlich der Rathes- und Bürgerschluß Donnerstags am 8ten Tage des heiligen Leichnams Anno 1534 (Juni 11, s.o.) und Donnerstags nach Gallen Anno 1555 (Oktober 17, s.o.), durch welche festgesetzt worden ist, daß die Einkünfte des bisherigen Kirchenvermögens in Zukunft zur Erhaltung des Kirchen- und Schulwesens, und zur Unterstützung der Armuth verwandt werden sollten. Da nun damit allen Hebungen ein gemeinschaftlicher Zweck angewiesen ist, so wird es auch keine Bedenklichkeit finden, die Einkünfte aller Hebungen gemeinschaftlich zu verwenden“. Gegen eine Zusammenlegung der Hebungen sprechen die Wahrung des Willens der Vermächtnisgeber, der Schutz der Gläubiger der bessergestellten Hebungen sowie die ausstehenden Schulforderungen der einzelnen Hebungen. Daher beschränkt sich die projektierte Reform der Verwaltung der Hebungen „auf gemeinschaftliche Administration, auf gemeinschaftliche Berechnung und Verwendung der Einkünfte, bey fernerhin getrenntem Nebeneinander ihrer Vermögenssubstanz“. Außerdem bleibt so jederzeit die Rücknahme der Reform möglich.⁵⁴ „Also die Vermögensverwaltung der einzelnen Hebungen soll zwar separat erhalten bleiben, dagegen aber alle Einnahme und Ausgabe gemeinschaftlich durch das Mittel einer Generalcasse berechnet werden.“ Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben sollen über spezielle eigene Konten der einzelnen Hebungen und der Generalkasse verrechnet werden.⁵⁵

⁵² Ebenda, Bd. III, 1827-1828, # 2, S. 1-9.

⁵³ Wiedergegeben in ebenda, # 18 (Repertorium über die rücksichtlich der hiesigen geistlichen Hebungen in den VisitationsAbschieden und KonfirmatorialBescheiden auch sonstigen einzelnen Verordnungen erfolgten Bestimmungen) unter dem Punkt „Hebungen“.

⁵⁴ Ebenda, # 2, S. 9-14.

⁵⁵ Ebenda, S. 21-23.

Die Geistlichen Hebungen waren für die Stadt ein gefährliches Terrain. Daß die besonders vermögenden Hebungen, die des Hl. Geists und des Ziegelhofs von St. Marien, von jeher unter städtischer Verwaltung standen, und daß sich diese aufgrund von Patronatsrechten, Verträgen, Privilegien sowie der allgemeinen historischen Entwicklung auch auf die übrigen Hebungen erstreckte, ist oben bereits deutlich geworden. Nichtsdestoweniger hatten die beiden Bouchholtzschen Kommissionen die Gefahr höherer Einmischung in die Verwaltungsangelegenheiten der Stadt gezeigt.⁵⁶

Auch Oberappellationsgerichtsrat Baron von Nettelblatt spricht sich in seinem Bericht an die Landesregierung vom 8. September 1827 für die Notwendigkeit einer eingreifenden oberbischöflichen Aufsicht über die Geistlichen Hebungen aus. Auf der anderen Seite hegt er auch Zweifel an der Durchführbarkeit einer Reform, die die Rechte der Stadt wesentlich einschränken würde. „Denn diese Hebungen, ursprüngliches Kirchenvermögen, sind bereits durch die V[erordnungen] v. 1534 u. 1555 unter Verwaltung von Rath und Bürgerschaft gestellt, auch diese durch den Bürgervertrag, dann in der fürstlichen Declaration über denselben v. 28. Januarii 1602 und Huldigungsrevers v. 1653 § 4 und der Cons[istorial]-Ordnung v. 1665 bestätigt.“ Dagegen scheint es Nettelblatt nötig:

1. die eingreifende landesherrliche Aufsicht auf die Hebungsadministration festzustellen
2. den Rat von der Verwaltung zu entfernen
3. die Einwirkung desselben auf die Anstellung der Beamten zu beschränken
4. die Zahl derselben zu vermindern
5. die Verwaltung und Rechnungsführung zu vereinfachen
6. vorzusehen, daß die Verwendungen nur für die ursprünglichen Zwecke der Stiftungen geschehen

Nettelblatt unterbreitet endlich noch einige Vorschläge zur Reform des Wismarer Armenwesens.⁵⁷

Die Regierung erklärte sich in der Instruktion Nettelblatts vom 17. Oktober mit allen Verhandlungszielen, einschließlich der vorgeschlagenen Vereinfachung der Armenversorgung einverstanden, in letzterem Punkt besonders dahingehend, „daß deren private Verwaltung möglichst ganz aufhöre und dieselben, - jedoch mit Schonung des Rechts der gegenwärtigen Beneficierten -, der dortigen allgemeinen Armenanstalt überwiesen und zur Administration übergeben werden“.⁵⁸

Auf Aufforderung Nettelblatts begab sich der Rat auf die umständliche Suche nach den Fundationsurkunden der Geistlichen Hebungen. Als er sie schließlich gefunden hatte, stellte er nur fest, daß ihr Inhalt gänzlich unergiebig sei. Vielmehr betrachtete der Rat die Bestimmungen von 1534 und 1555 (s.o.) als rechtliche Grundlage.⁵⁹

Am 23. November protestierte der Rat vergeblich gegen eine förmliche Aufnahme der Hebungsrechnungen durch eine landesherrliche Kommission.⁶⁰ Drei Tage vor Beginn der Revision der Hebungsrechnungen am 19. Februar 1828 reichte der Wismarsche Superintendent Koch, der schon früher die landesherrlichen Kommissare über die Klagen der Wismarer Geistlichkeit auf dem Laufenden gehalten hatte, von Nesselblatt eine

⁵⁶ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 307.

⁵⁷ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen (Regierungsakten), Bd. I, 1827-1828, # 2; ebenda (Kommissionsakten), Bd. III, 1827-1828, # 3.

⁵⁸ Ebenda (Regierungsakten), Bd. I, # 2; ebenda (Kommissionsakten), Bd. III, # 4.

⁵⁹ Ebenda (Kommissionsakten), Bd. III, # 26 u. 31-32.

⁶⁰ Ebenda (Regierungsakten), Bd. I, # 3; ebenda (Kommissionsakten), Bd. III, # 24.

Beschwerdeschrift mit einem eigenen Lösungsvorschlag ein. Ohne Zweifel sei der seiner Meinung nach klägliche Zustand des „an sich reichen Kirchenguts vornemlich dadurch veranlassen worden, daß man die Verwaltung in die Hände einzelner Personen legte, die davon einen Theil ihres Einkommens haben sollten; und die nun damit, theils ohne strenge, theils ohne alle Oberaufsicht, nach Belieben, ohne den Zweck der Stiftungen vor Augen zu behalten, geschaltet und gewaltet; vieles eigennützig oder doch zu ganz andern Zwecken verwandt, und vieles durch nachlässige Aufsicht auf ihre Unterbehörde unverantwortlich und heillos verschleudert haben“. Daher hält es Koch für „das Nothwendigste und Wünschenswürdigste“, „diese Quelle allen Uebels“, die mangelnde Aufsicht, „für die Zukunft zu verstopfen.“ Unter Verweis auf das Rostocker Beispiel schlägt er vor, eine ständige Kommission unter landesherrlicher Oberaufsicht, die zu bestimmter Zeit Rechenschaft fordert und revidiert, zur Verwaltung des Kirchenguts einzusetzen.⁶¹ Der Superintendent beklagt im einzelnen - und nicht immer frei von Emotionen⁶²: erstens den schlechten Zustand der Kirchengebäude, Predigerwohnungen und Witwenhäuser, zweitens die niedrige Besoldung der Geistlichen und drittens den Ausschluß des Superintendenten von der Verwaltung des Grellschen Vermächnisses, einem Stipendium für Theologiestudenten, gegen den Willen der Erblasserin.⁶³

Schon am 15. August desselben Jahres konnte die Kommission den Revisionsbericht vorlegen. Neben dem Fehlen aktueller Vermögensinventare und vollständiger Kataster der Hebungsäcker monierte sie u.a. die wiederholte Vorteilsnahme durch einige Provisoren. So schuldeten manche den Hebungen vor 1822 nicht unbeträchtliche Summen, ohne dafür Zinsen zu zahlen, während andere Provisoren in Vorschuß gehen müssen, der nur durch gerichtliche Klage eingetrieben werden konnte. Überhaupt wird eine allzu große Nachsicht mit den Schuldnern der Hebungen konstatiert. Zur Einsparung von Baukosten schlug von Nettelblatt den Abriß der Kirchen des Hl. Geistes und des Schwarzen Klosters vor.⁶⁴

VI. Das Regulativ von 1832

Erst 1831 fanden die langwierigen Verhandlungen ihr Ende. Der Rat legte, nachdem er sich mit dem Ausschuß darüber geeinigt hatte, am 3. Juli ein Regulativ zur oberbischöflichen Bestätigung vor, das auf dem früheren Entwurf des Rates beruhte, wofür aber auch der von Nettelblatts benutzt worden war.⁶⁵ Dieser wurde mit einigen Änderungen gutgeheißen. Die wichtigste war die Forderung der gemeinsamen Verwaltung durch ein „Collegio unter oberer Leitung des Rathes und des Patronates, d.h. der beyden Bürgermeister“ (§ 1).

„Dem gemäß wird das Einkommen derselben in eine einzige Casse fließen, ohne Unterschied der einzelnen Hebungen berechnet, und für die ursprüngliche und ausschließliche Bestimmung dieser Stiftungen, für fromme und milde Zwecke, insbesondere für Kirche, Schule und zur Unterstützung der Armuth verwandt werden“ (§ 2).

⁶¹ Ebenda (Kommissionsakten), Bd. III, # 42, f. 1r-2r.

⁶² Ebenda, f. 2v, spricht er von den Provisoren als „eigennützigem Krämer und ihres gleichen“.

⁶³ Ebenda, f. 2v-8r.

⁶⁴ Die Revisionsberichte: ebenda (Regierungsakten), Bd. I, # 6-13, Bd. II, 1828, # 14-30, u. Bd. III, 1828-1829, # 31-32; ebenda (Kommissionsakten), Bd. III, # 44-47, u. Bd. IV, 1828-1829.

⁶⁵ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 308-309. Die Kommissionsakten im LKAS laufen mit dem Jahr 1829 aus. Auch anhand der Regierungsakten die Verhandlungen nach 1829 nicht mehr lückenlos nachvollziehen lassen. Hier fehlt u.a. der ebenda, S. 309-310, genannte Bericht Bürgermeister Haupts von 1830 sowie dessen Verordnung von 1831.

Für die Verwaltung wurde ein eigenes „Hebungsdepartement“ eingerichtet. „Dasselbe besteht aus drey rätlichen Mitgliedern, unter welchen sich jedesmal wenigstens ein Rechtsgelehrter befinden muß und Neun bürgerschaftlichen Mitgliedern. Für die Secretariats- und Rechnungs-Geschäfte sind zwey Oeconomi angestellt“ (§ 5).

Außerdem wurden ein jährlicher Schuldabtrag von mindestens 2.000 Rt., die Kürzung des jährlichen Zuschusses zur Besoldung des Rates um 500 Rt. und die landesherrlichen Aufsichts- und Bestätigungsrechte in das Regulativ aufgenommen. Bei Kauf und Verkauf von Landgütern der Hebungen, bei Verwendung ihrer Mittel zu anderen als den festgelegten Zwecken, bei Pächterlassen, Aussetzung des Schuldabtrags und Aufnahme neuer Schulden außer kurzfristigen für vorübergehende Bedürfnisse war stets die oberbischöfliche Bestätigung einzuholen.⁶⁶ Schon vorher hatten Rat und Ausschuß die Vereinigung der Hebungen beschlossen. Sie trat vorläufig am 1. Januar 1832 in Kraft und wurde am 1. August oberbischöflich genehmigt.⁶⁷

Die Vermögensmassen wurden in Form eines Gesamthandeigentums vereinigt. Das Regulativ wollte damit aber nicht die Eigentumsrechte der Kirchen beseitigen.⁶⁸ § 26 Abs.2 schreibt daher vor, daß in dem aufzustellenden Gesamtinventar zu bewerten sei, welchen einzelnen Hebungen die Grundstücke angehörten. Dabei wird unter anderem ausgeführt, daß das Vermögen der drei Pfarrkirchen vor wie nach der Reformation in gleichem Maße durch den Rat und die Bürgerschaft verwaltet worden ist und den Kirchen in keiner Weise entzogen oder entfremdet wurde. Die Vererbpachtung der Güter war im allgemeinen vorweg bestätigt worden. Mit Nachtrag vom 28. November 1833 wurde von der Regierung nur verlangt, daß nach jeder Vererbpachtung eine beglaubigte Abschrift des Pachtvertrages einzureichen war.⁶⁹

Entsprechend § 26 des Regulativs erfolgte im Etat der Einnahme und Ausgabe der Geistlichen Hebungen vom 28. Mai 1833 die Inventarsauflistung über die einzelnen Hebungen und deren Grundstücke und Kapitalien. Als Grundvermögen der Geistlichen Hebungen werden an Landgütern Warkstorf, Klein Woltersdorf, Hinterwendorf, St. Jakobshof, Martensdorf, Klüßendorf, Steffin, Triwalk, Flöte, Rüggow, Prensberg und Cartlow sowie an Dorfschaften Mittelwendorf, Groß Woltersdorf, Klüßendorf, Triwalk und Benz genannt. 2. werden die zeit- und erbverpachteten Äcker, Gartendämme und Grundstücke auf dem Stadtfeld aufgezählt, deren Einnahmen ebenfalls den Geistlichen Hebungen zufallen. Dazu gehören die folgenden Hebungen: Marien Gebäude, Marien Geistliche Hebung, Marien Armenbeutel, Marien Almosentafel, Marien Ziegelhof, Georg Gebäude, Georg Geistliche Hebung, Georg Armenbeutel, Georg Almosentafel, Nicolai Gebäude, Nicolai Geistliche Hebung, Nicolai Almosentafel, Heilig-Geist-Hebung, Schwarzes Kloster, St. Jakobs Hebung, Papencollatie,

⁶⁶ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. IV, 1830-1923, # 42.

⁶⁷ Regulativ für die Verwaltung der geistlichen Hebungen zu Wismar nebst der Allerhöchsten Landesherrlichen und Oberbischöflichen Confirmationsacte vom 1sten August 1832 und dem Nachtrage dazu vom 28sten November 1833. Beilage zu Nr. 23 der Wismarschen Zeitung vom 13ten März 1834; Abschrift dess. in LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. IV, 1830-1923, # 48.

⁶⁸ Deutlich hierzu auch die juristische Wertung von Sebastian Kriedel: Gutachterliche Überlegungen über die Rechtsverhältnisse kirchlichen Vermögens in der Stadt Wismar, maschr. 1993, S. 3, in OKR, Wismar, Hebungen / 539. „Auch mit dem Regulativ ... hat sich an der Eigentumslage im Prinzip nicht geändert. Die Kirchen sind Eigentümerinnen ihrer Kirchengüter geblieben. Sie sind aber in Bezug auf die einzelnen Hebungen in eine Art von Mündelverhältnis zu der einheitlichen städtischen Verwaltungskörperschaft, welche sich auf alte städtische Rechte beziehen konnte, getreten. Die ‚Geistlichen Hebungen‘ sind dadurch auch nicht städtische Vermögen geworden. Wie zuvor die einzelnen geistlichen Hebungen rechtlich selbständige Stiftungen mit juristischer Rechtspersönlichkeit waren, ist durch die Zusammenfassung ein einheitliches Vermögen mit Rechtspersönlichkeit zur Verfolgung der Stiftungszwecke nach § 2 des Regulativs entstanden.“

⁶⁹ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. IV, # 59.

Graumönchenhebung und die Georg Gasthäuserhebung. 3. werden den Geistlichen Hebungen mit Stand vom Dezember 1832 etliche Kapitalien zu dem Grund- und Hypothekenbuch und Schuldverschreibungen zugewiesen. 4.-7. erfolgen Auflistungen der Renten, der feststehenden Einnahmen zumeist aus Stiftungen (Wulffsches Testament, Schnoorsches Testament, Tesmarsches Testament, Velthusensche Stiftung, Maassches Legat, Grellsches Testament, Kämmereibeiträge, Schiffergesellschaft, Vollhökeramt, Schneideramt), Hausmieten, und Sporteln (Gerichtsgebühren). 8.-16. schließlich werden die Passiva aufgelistet: Schulden wiederum mit Stand vom Dezember, Gehälter, Zahlungen und Naturalleistungen an die Vorsteher und Bediensteten der Hebungen sowie Prediger, Kirchendiener, Schulprovisoren und Lehrer, öffentliche Abgaben, Pachten, regelmäßige Ausgaben, Ausgaben für Arme, Witwen und Kinder, städtische Beamte sowie Kirchen- und Schuldiener, Aufwendungen für die Klosterstiftungen und Gasthäuser (Heilig-Geist-Stift, Schwarzes Kloster, Begräbniskosten für Präbenden, Gasthaus in der Grünen Straße, Beginnenkonvent, Blauer Konvent, Großes und Kleines Gasthaus St. Georg).⁷⁰

Am 13. März 1834 wurde das neue Regulativ veröffentlicht. Gleichzeitig wurde die bisher den einzelnen Hebungen zustehende Gerichtsbarkeit dem neugebildeten Hebungsgericht übertragen. Zugleich wurde auch mit der Vererbpachtung der Güter begonnen. Im selben Jahr wurde Viereggenhof angekauft und im folgenden bereits vererbpachtet.⁷¹ Bis zur Mitte des Jahrhunderts waren alle Güter aus der Pacht gefallen und in Erbpacht weiterzugeben.⁷² Lediglich St. Jakobshof blieb Pachtgut. Dabei wurde das Erbstandsgeld, von dem die Schulden getilgt wurden, niedrig gehalten, der jährliche Kanon aber hoch bemessen. Durch Justierung nach dem jeweiligen Kornpreis hoffte man, ihn vor dem Sinken infolge von Geldentwertung schützen zu können.

An Verwaltungskosten, Baukosten, Abgaben und Brandassekuranzbeiträgen wurden jährlich 4.082 Rt. gespart. Damit war die Möglichkeit gegeben, mehr für die Erhaltung der Kirchen zu tun. Die Entfernung der Tünche und die Herstellung des tatsächlichen oder wohl eher vermuteten Urzustandes geschah unter dem Einfluß und auf Rat des baukunstverständigen Dr. med. Crull 1880 in St. Nikolai, 1887 in St. Georgen und 1903 in St. Marien.⁷³

Noch Ende des 19. Jahrhunderts rührte die Stadt Wismar nicht an den Eigentumsverhältnissen der Kirchengüter, wie der Rechtsstreit der Stadt mit einem potentiellen Käufer des Gutes Groß Flöte ausweist. 1898 wollte C. Haack das durch das Hebungsdepartement vererbpachtete Gut Groß Flöte zu Eigentum erwerben. Dieser Erwerb scheiterte an der Geltendmachung des Vorkaufsrechts durch das Hebungsdepartement. In dem daraufhin gegen die Stadt Wismar eingeleiteten Rechtsstreit wird für die Stadt Wismar ausgeführt, daß das Vorkaufsrecht nicht der Stadt sondern ausschließlich dem Hebungsdepartement zustehe. Bei dem Hebungsvermögen handele es sich nicht um städtisches Vermögen. Auf Verweis der §§ 2, 4, 18, 19, 20 und 35 des Regulativs wird auf die von der städtischen Verfügung abweichende Verwaltungs- und Verfügungsgewalt des Hebungsdepartements abgehoben. Verfügungsgeschäfte sind danach ohne Beteiligung des Vorsitzenden des Bürgerausschusses von den beiden Bürgermeistern als Patronen, dem Direktor und dem ältesten Deputierten

⁷⁰ Ebenda, # 56.

⁷¹ Ebenda, #61-64.

⁷² Ebenda, # 57-83. 1851 verfertigte der damalige Superintendent Götze ein Verzeichnis sämtlicher pia corpora, eingeteilt nach A. Hebungsgütern, B. Wohltätigkeits- und Armenversorgungsgebäuden sowie C. Privatstiftungen zu frommen Zwecken, Hebungsgüter und Versorgungsanstalten den jeweiligen Hebungen zugeordnet; ebenda, Bd. V, 1924-1932, # 161, Abschrift in Anlage. Götze nennt als Quellen seiner Angaben den Staatskalender und das Superintendenturarchiv.

⁷³ Techen: Geschichte (wie Anm. 2), S. 309.

vorzunehmen. Neben einer unbedingten Prozeßfähigkeit des Departements wird der nicht allgemeinen Zwecken der Stadt obliegende Stiftungszweck für fromme und milde Zwecke, insbesondere für Kirche, Schule und Armenunterstützung benannt. Bei wichtigen Entscheidungen wird gem. § 18 des Regulativs nicht der Konsens des Rates sondern das Einvernehmen des Patronats erfordert. Gegen städtisches Vermögen spräche schließlich auch, daß bei Eigentumsübertragungen die vorherige Genehmigung des Landesherrn und Oberbischofs eingeholt werden mußte.⁷⁴

VII. Die Auseinandersetzungen nach 1918

Die etatrechtlichen Verhältnisse der Geistlichen Hebungen hatten sich seit dem 19. Jahrhundert grundsätzlich verändert. Namentlich die schulischen Ausgaben waren nicht zuletzt durch die Erhöhung der Lehrergehälter so groß geworden, daß neben den anderen zwangsläufig zu leistenden Ausgaben ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht mehr bestand. Der Unterschub mußte daher vom allgemeinen Stadthaushalt übernommen werden. Wenn sich auch die gesellschaftlichen Verhältnisse seit dem letzten Jahrhundert geändert hatten, so blieben die Einnahmen der Geistlichen Hebungen doch auf dem alten Stand und das Vermögen nicht nur unangetastet, sondern vermehrte sich noch. In dieser Beziehung sollten aber die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem I. Weltkrieg verheerende Änderungen zur Folge haben.

Durch die Inflation und die Ende 1923 eingeführte Rentenmark wurden die in Stadtanleihen, Hypotheken und Grundschulden angelegten Kapitalien umgeschuldet und mitunter auf einen bescheidenen Bruchteil des bisherigen Wertes abgewertet. Über die Bewertung des Erbpachtzinses (Kanon) wurde bis zum Reichsgericht prozessiert. Am Ende wurde er auf 50 % seiner bisherigen Höhe reduziert. Beides führte zu einer empfindlichen Einbuße von Einnahmen aus den Kirchengütern.

Die Aufhebung des Erbpachtrechts und die Umwandlung in freies Eigentum brachte die Ersetzung des Kanons durch sogenannte Kanontilgungshypotheken mit sich. Da diese nicht eine 25-, sondern nur eine 18fache Kapitalisierung darstellten, wurden die Einnahmen aus den Pachten erheblich vermindert.⁷⁵ Damit verloren die Geistlichen Hebungen auch einen Großteil der ehemaligen Kirchengüter in Form von Dörfern, Gütern und Ackerländereien.⁷⁶

1866 und 1913 erklärten sich die Geistlichen Hebungen gegen jährliche Zahlungen mit der Ablösung der Buchenholzkohlen- bzw. der Brennholzdeputate an die sechs Pfarrer der Stadtkirchen einverstanden.⁷⁷ Um die Höhe der jährlichen Buchenholzkohlevergütung führten die betroffenen Kirchen und Pfarren 1918-1920 eine Feststellungsklage gegen die Stadt, die in einem Vergleich endete.⁷⁸ Nicht zuletzt aufgrund der Inflation sollte die Höhe jedoch auch in den folgenden Jahren noch strittig bleiben. Trotz einer erneuten Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Geistlichen Ministerium vom 31. März 1924⁷⁹ weigerten sich die Geistlichen Hebungen seit August 1924 erstmalig, kleinere Handwerkerrechnungen zu bezahlen. Nach langwierigem Ringen um die Definition des Passus „kleine Reparaturen an den

⁷⁴ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. IV, # 91; Ausführungen nach Kriedel: Rechtsverhältnisse, S. 4-5.

⁷⁵ Gutachten von Kirchensekretär Rechtsanwalt Hans Raspe; ebenda, Bd. VI, # 370.

⁷⁶ Hierzu Kriedel: Rechtsverhältnisse (wie Anm. 68), S. 9-10.

⁷⁷ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. IV, # 93-94 u. 98 Anlage.

⁷⁸ Ebenda, # 97-135.

⁷⁹ Ebenda, Bd. V, # 149.

Diensthäusern“ in § 43 Abs. 2 des Regulativs von 1832 zwischen Oberkirchenrat und Geistlichem Ministerium auf der einen und Stadtrat und Hebungsdepartment auf der anderen Seite kam 1927 zur Einigung.⁸⁰ Erst jetzt wurde auch um die Ablösung der Semmel- und Weinlieferungen verhandelt.⁸¹

An der Inflation scheiterte 1923 der gleichzeitig von Stadt und Kirche unternommene Versuch einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Geistlichen Hebungen.

Am 30. Juni 1924 machte der Oberkirchenrat noch einmal seine Rechtsauffassung bezüglich der Zahlung der Predigergehälter und der Verwendung der Einkünfte der Geistlichen Hebungen gegenüber dem Rat der Stadt Wismar deutlich:

„Die Geistlichen Hebungen in Wismar sind nicht städtisches Vermögen, in Gemässheit des unter dem 1. August 1832 landesherrlich bestätigten Regulativs für die Verwaltung der Geistlichen Hebungen setzt sich das Hebungsvermögen zusammen aus den Vermögen der bis dahin gesondert verwalteten einzelnen Geistlichen Hebungen, die jede für sich selbständige juristische Personen waren, das Hebungsvermögen hat ebenso wie früher das Vermögen der einzelnen Stiftungen juristische Persönlichkeit. Das Hebungsvermögen dient nicht den allgemeinen Zwecken der Stadt, es ist vielmehr durch den § 2 des Regulativs ausdrücklich den Zwecken der früheren Stiftungen gemäss ‚für die ursprüngliche und ausschliessliche Bestimmung dieser Stiftungen für fromme und milde Zwecke, insbesondere für Kirche, Schule und zur Unterstützung der Armuth‘ zu verwenden.

Diese Bestimmung wird in dem den Entwurf begleitenden erläuternden Schreiben des Oberappellationsgerichtsrats Freiherrn von Nettelblatt als die wesentlichste der Satzungsbestimmungen nachdrücklich hervorgehoben, da in der der durch Nettelblatt im Auftrage des Grossherzogs vorgenommenen Neuregelung vorhergehenden Zeit der Rat insofern sich eines Missbrauchs schuldig gemacht hatte, als er ‚unzweideutig die Absicht gehabt hat, die Hebungen zur Aushilfe der Kämmerei zu gebrauchen‘. Nettelblatt empfiehlt, um solchem Missbrauch zu begegnen, dass jeder dem Stiftungszweck nicht entsprechende Verwendung von Stiftungsvermögen von der Zustimmung des Landesherrn als Oberbischof abhängig gemacht wird... Es ist dann der landesherrliche Consens ausdrücklich für alle dem Stiftungszweck nicht entsprechenden Ausgaben vorbehalten.

Im übrigen ergibt eine dem Grossherzog vorgelegte Etataufstellung aus dem Jahre 1833, dass die Gehälter der Geistlichen zu ihrem vollen Betrage aus den Hebungen gezahlt wurden.

Folgerungen:

1. Noch heute ist die Verwendung von Stiftungseinkommen und Vermögen zu andern, als stiftungsmässigen Zwecken von kirchenregimentlicher Genehmigung abhängig.
2. Das Einkommen der Hebungen ist in erster Linie für das Einkommen der Geistlichen zu verwenden.“

Die Frage, ob die Stadt auch verpflichtet sei, bei Unvermögen der Hebungen Zuschüsse zu den Gehaltszahlungen aus der Kämmereikasse zu leisten, warf der Oberkirchenrat am Ende seiner Stellungnahme zwar auf, ließ sie aber unbeantwortet.⁸²

Am 18. Februar 1925 machte der Rat der Stadt Wismar mit einem kurzen Schreiben einen neuerlichen Vorstoß, die etwa zwei Jahre zuvor aufgrund der Inflation zum Erliegen gekommenen Verhandlungen mit den Geistlichen Hebungen wieder aufzunehmen.⁸³

⁸⁰ Ebenda, # 152-159, 165-179, 199-201, 213 u. 216. § 43 Abs. 2 des Regulativs wurde durch folgenden Wortlaut ersetzt: „Die Bauunterhaltungspflicht der Inhaber von Dienstwohnungen richtet sich nach den jeweils maßgebenden Bestimmungen der Staatsbauverwaltung über die Bauunterhaltungspflicht der Nutznießer staatlicher Dienstwohnungen“; ebenda, # 220-224; AHW, Ratsakten XXIII, 1, 4^{II}.

⁸¹ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. IV, Schriftwechsel 1927f.

⁸² Ebenda, # 150.

In einer Stellungnahme vom 31. März des Jahres allerdings beurteilte Landessuperintendent Rische das Unternehmen in der von der Stadt gewünschten Form als weder wünschenswert für die Kirche noch überhaupt durchführbar. Seine Stellungnahme spiegelt deutlich die ungenaue Vorstellung wider, die die Zeitgenossen von den Geistlichen Hebungen hatten und welche auch durch das Regulativ von 1832 nicht wesentlich schärfer geworden war: „Eine Auseinandersetzung ... würde sich derart gestalten, dass die Kirche sich mit den Geistlichen Hebungen auseinandersetzt. Diese würde dann grundsätzlich so vor sich gehen, dass die Werte in Kapital, Gütern, Höfen, Legaten, Einkünften usw., die stiftungsmässig für die Deckung der kirchlichen Bedürfnisse zu verwenden sind, aufgeführt und den Kirchen in Wismar in bar, natura oder sonstigen Zahlungen übergeben werden. Denn die Stiftungen für Armenpflege, Konvente, Klöster usw. würde die Stadt sicher niemals herausgeben. Eine solche Auseinandersetzung wird aber grossen Schwierigkeiten begegnen. Denn einmal haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse von jetzt gegen die Zeit der Stiftung sehr verändert... Sodann sind die Kapitalien nach ihrer Herkunft und Verbleib schlechterdings nicht nachzuweisen... Ferner würde nach der beigefügten Finanzlage der Geistlichen Hebungen die Kirche wahrscheinlich zu kurz kommen, dass sie später ihre notwendigen Ausgaben nicht bestreiten kann. Endlich sind Stadtkasse und die Kasse der Geistliche Hebungen ... so miteinander verquickt, dass eine glatte Auseinandersetzung nicht mehr möglich erscheint, wozu noch kommt, dass die Forderungen für Kirche, Schule und Arme, die nach § 2 des ... Regulativs aus der Stiftung befriedigt werden sollen, nicht bestimmt getrennt sind, und auch wohl nicht getrennt werden können. – Daher kann ich diesen Weg nicht für gangbar halten.“ Der Landessuperintendent empfiehlt daher eine Auseinandersetzung der „Kirche mit der Stadt selbst“, da die Kasse der Geistlichen Hebungen nur nominell als Kirchenkasse diene. In Wirklichkeit sei sie nach § 2 des Regulativs nur eine Stiftung zum Besten der Kirche, Schule und Armen. Als eigentliche Kirchenkasse sei vielmehr die Stadtkasse zu betrachten, da die Stadt das Patronat über die Kirchen besitze und auch in der letzten Zeit immer aus ihren Mitteln im Bedarfsfall die Bedürfnisse der Kirchen gedeckt habe. Rische schlägt vor, die Auseinandersetzung geschehe am besten so, daß die Stadt unter Verpfändung ihres Vermögens der Kirche jährlich eine bestimmte Summe nach einem für etwa zehn Jahre berechneten Durchschnitt der Normalzeit zahlt. Die Erhaltung der Kirchen würde am besten der Stadt verbleiben, welche ohnehin ein Interesse daran habe, und die für die Kirche kaum zu leisten wäre. Die Erhaltung der Pfarr-, Küster- und sonstiger kirchlicher Gebäude solle hingegen der Wismarer Kirche zufallen. Auch die durch selbständige Verwaltung der Ablösungsgelder der Kirche erwachsenden Unkosten seien in die Verhandlungen einzubeziehen.⁸⁴

Der Versuch des Landessuperintendenten, die Verhandlungen mit der Stadt voranzutreiben, blieb jedoch wegen des ungewissen Ausgangs eines langwierigen Prozesses der Stadt mit Herrn von Unruh auf Warkstorf über die Frage des Kanons bereits in seinen Anfängen stecken.⁸⁵

Wie sich aus der der Stellungnahme Risches anliegenden Aufstellung ergibt, standen den Gesamteinnahmen aus dem geistlichen Hebungsvermögen in Höhe von 27.534 Goldmark, die aus den Geistlichen Hebungen zu begleichenden Ausgaben (1. Gehälter für Pastoren, 2. Gehälter für Kirchendiener, Knabenchor usw., 3. Ruhegehälter derselben, 4. Legate,

⁸³ Ebenda, # 160.

⁸⁴ Ebenda, # 161.

⁸⁵ Ebenda, # 162-164. Es kam lediglich zu ersten Kontakten und Versuchen, den zehnjährigen Durchschnitt anhand der Wirtschaftsjahre 1905-1914 zu errechnen; ebenda, # 168.

Buchenholzkohle, Brennholz, Korn, Nebenkosten, Wein, Reinigen usw., 5. Baukosten an den Kirchen, 6. öffentliche Abgaben und 6. feststehende Ausgaben) in Höhe von 51.229,78 M entgegen, was einen Zuschuß von 23.694,78 M nötig machte.⁸⁶

Offensichtlich hatte die Stadt Wismar den bereits im 19. Jahrhundert entstehenden Überhang von Ausgaben bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts aufgrund der Patronatsstellung der Stadt Wismar direkt aus der Haushaltskasse der Stadt ausgeglichen. Eine Übernahme des Kapitals der Geistlichen Hebungen in das Stadtvermögen war dadurch jedoch nicht erfolgt. Seit Einsetzen der Inflation 1922 aber hatte die Landeskirchenkasse vorläufig die Bezahlung der Gehälter der sechs Wismarer Prediger mit jährlich 14.500 M übernehmen müssen. Binnen vier Jahren hatten sich 58.000 M, mit Zins und Zinseszins ca. 65.000 M, Außenstände angesammelt, auf deren Rückzahlung die Landeskirche allerdings kaum noch zu hoffen wagte.⁸⁷

1928 endlich kam es zu Verhandlungen über die Pastorengehälter. Dabei drängte die Stadt auf Einbeziehung der Baulasten an den Dienstwohnungen der Geistlichen, da der Landeskirche die Miete, der Stadt aber nur die Baulast der Gebäude zufiel. Am 30. Mai 1929 unterbreitete der Oberkirchenrat dem Rat der Stadt den Vorschlag, einer jährlichen Beitragszahlung von 30 % der Einnahmen der Geistlichen Hebungen ohne Abzug der Verwaltungskosten zu den künftig von der Landeskirche zu übernehmenden Sach- (Gottesdienst, Heizung, Beleuchtung, Orgelantrieb, Glockenläutanlage etc.) und Personalkosten (Gehälter für die Geistlichen, Organisten, Küster und Kantoren) mit Ausschluß der Baulasten. Die von Kirchensekretär Dr. König und Superintendent Hurtzig angeregte Beseitigung des Hauptstreitpunktes zwischen Stadt und Kirche durch Übernahme der Baulast für die Dienstwohnungen der Geistlichen durch die Landeskirche gegen zusätzliche 10 % der jährlichen Hebungseinnahmen hatte unter Hinweis auf die mecklenburgische Kirchenbaulastverordnung vom 27. Dezember 1824 keinen Eingang in den Vorschlag des Oberkirchenrats gefunden.⁸⁸ Mit Schreiben vom 19. Juni und 3. Juli lehnte der Rat der Stadt den Vorschlag als Diskussionsgrundlage ab. Die Kirchenbaulastverordnung von 1824 sei in Wismar, so sie denn dort jemals in Kraft getreten sei,⁸⁹ durch die jüngeren Bestimmungen des Regulativs der Geistlichen Hebungen vom 1. August 1832 abgelöst worden, da diesem durch oberbischöfliche und landesherrliche Genehmigung und Bestätigung im Sinne des Mecklenburgischen Staatsrechts ebenfalls die Bedeutung eines Landesgesetzes zukomme und es die gleiche Materie regele. Nach dem Regulativ aber seien sämtliche Baukosten an den geistlichen Gebäuden aus den Geistlichen Hebungen zu bezahlen. Auch könnten für die nach § 2 des Regulativs vorgesehenen Zwecke (Kirche, Schule, Armenunterstützung) die Mittel erst nach Abzug der Verwaltungskosten bereit gestellt werden. Die Auffassung, die Aufwendungen für die Verwaltung seien eine Sonderbelastung, die aufgrund des Patronatsrechts die Stadt zu tragen habe, sei mit dem Regulativ nicht vereinbar.⁹⁰

Am 12. Juli 1932 war die Klage von St. Marien zu Wismar gegen die Stadt Wismar auf Zahlung der Predigergehälter vor dem Oberlandesgericht Rostock kostenpflichtig auf Grundlage der Vereinbarung von 1909 zur Abänderung des Regulativs von 1829 abgewiesen

⁸⁶ Ebenda, # 161.

⁸⁷ Ebenda, # 181.

⁸⁸ Ebenda, # 239-240; Großherzoglich-Schwerinsches offizielles Wochenblatt 1825, S. 1-7.

⁸⁹ Dies wird vom Rat wohl zurecht bezweifelt. In den Akten ergab sich in der Tat kein Anhalt hierfür.

⁹⁰ Ebenda, # 241-242.

worden.⁹¹ Kirchensekretär Rechtsanwalt Hans Raspe hielt es 1934 allerdings „keineswegs für entschieden, dass nicht gegen eine andere Seite, nämlich die Geistl. Hebungen in Wismar ein Anspruch auf Zahlung von Predigergehältern geltend gemacht werden könne“ und riet dem Oberkirchenrat 1935 zu einem Prozeß.⁹²

Mit Schreiben vom 21. Mai 1930 baten die Vereinigten Kirchengemeinderäte von Wismar den Oberkirchenrat, die erneut ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, da nur so das bestehende gestörte Verhältnis der Stadt zur kirchlichen Arbeit bereinigt werden könnte.⁹³ Verhandlungen über eine Ablösung der Geistlichen Hebungen, welche vom Oberkirchenrat und in dessen Auftrag von Rechtsanwalt Raspe zwischen 1930 und 1937 mehrfach angebahnt wurden, führten dank einer erfolgreichen Verschleppungstaktik der Stadt und der Geistlichen Hebungen jedoch ebenfalls zu keinem Abschluß.⁹⁴ In diesem Zusammenhang sollte die Stadt Wismar aufgrund des bestehenden städtischen Patronats die Baulast an den drei Stadtkirchen und dem Heilig-Geist-Hospital tragen, so daß sich die kirchlichen Bauunterhaltungspflichten nur auf die sonstigen Gebäude beziehen sollten. Schließlich sollten alle Vermögenswerte in Form von Grundbesitz (Hebungsgüter und Ackerstücke), aus deren Ertrag diejenigen Leistungen dauerhaft beschafft werden können und welche bisher von den Geistlichen Hebungen für kirchliche Zwecke verwaltet wurden, den örtlichen Kirchen und Stiftungen wieder übergeben werden. Dabei wurde, auch wenn sich die Stiftungszwecke Schule und Armenversorgung von dem rein mildtätigen Zweck zu einem städtischen Zweck verwandelt hatten, vonseiten der Kirche weiterhin die Rechtsansicht vertreten worden, daß eine Auflösung der Geistlichen Hebungen nur in einer Form erfolgen könne, der mit dem ursprünglichen Zweck des in den Geistlichen Hebungen vereinigten Kirchengutes vereinbar sei.

VIII. Die Geistlichen Hebungen als unselbständige Dienststelle der Stadtverwaltung

Ihre schwersten Einbußen erlitten das Vermögen und die Einnahmen der Geistlichen Hebungen durch den Bankenschluß 1945. Im Laufe der Jahre waren fast alle Kanontilgungshypotheken von den Eigentümern ausgezahlt und die so den Geistlichen Hebungen zufließenden Kapitalien in Reichsschatzanweisungen und auf Sparkassenkonten angelegt worden. So hatte sich in der Zwischenzeit wieder ein ansehnliches Kapitalvermögen gebildet, das durch den Bankenschluß auf einen Schlag blockiert war. Vom Kapitalvermögen blieben nur noch die Grundschulden und Hypotheken übrig, welche nur einen verhältnismäßig bescheidenen Teil des früheren Vermögens mehr ausmachten.

Den letzten Schlag erlitten die Geistlichen Hebungen durch die Währungsreform von 1946, welche eine empfindliche Abwertung der neu angesammelten Guthaben auf Sparkassen- und Kontokorrentkonten zur Folge hatte.⁹⁵

Der Grundbesitz der Geistlichen Hebungen wird im März 1949 städtischerseits mit 293,01,20 ha unbebautem, wovon 61,58,02 ha als land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesen werden, und 3,48,52 ha bebautem Grundbesitz angegeben. Gleichzeitig meldet das

⁹¹ Ebenda, Rechtsstreit St. Marien ./ Stadt Wismar wegen Gehaltszahlungen an die Pastoren, 1930-1938. Die Vereinbarung von 1909 in: Regierungsblatt für das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin 1909, S. 39-41.

⁹² Ebenda, Geistliche Hebungen, Bd. VI, 1932-1961, # 329 u. 341.

⁹³ Ebenda, Bd. V, # 246.

⁹⁴ Sie wurden nach einem Urlaub des Rechtsanwalts im Juli 1937 nicht wieder aufgenommen; ebenda, bis # 353; auch LKAS, Kirchensekretär, Prozessakte St. Marien ./ Stadt Wismar wegen Predigergehälter.

⁹⁵ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. VI, # 370.

Stadtvermessungsamt dem Ministerium für Landwirtschaft an „Kirchenländereien“ oder „kirchlichem Besitz“ lediglich 49,00,00 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und 3,00,00 ha Gebäude- und Hoffläche. Der Wismarer Finanzdezernent, der ehemalige Kirchensekretär Rechtsanwalt Raspe, bemängelt jedoch die Formulierung „kirchlicher Besitz“ mit Schreiben vom 14.6.1950: „Es handelt sich bei diesem Besitz keineswegs um sogenannten ‚kirchlichen Besitz‘. Die Annahme der Bauverwaltung beruht auf einem Mißverständnis. Die Ackerflächen, Wiesen und Gärten sowie die Gebäude und Hofflächen stehen im Eigentum der ‚Geistlichen Hebungen‘, dh. einer öffentlich-rechtlichen Stiftung, welche allerdings auch – und zwar in erheblichem Maße – kirchlichen Zwecken dient, aber keinesfalls im Eigentum der Kirche steht.“⁹⁶

Das Vermögen der Geistlichen Hebungen wurde im Januar 1951 gegenüber Rechtsanwalt Raspe, der um die Jahreswende aus dem Rat geschieden war, mit folgenden Werten angegeben:

1. Unbebauter Grundbesitz in Größe von 282,35,78 ha⁹⁷
2. 5 Stiftshäuser für 105 Insassen
3. 4 Predigerhäuser (Einheitswert zusammen 41.500,- DM)
4. dem Archidiakonatshaus (schwer beschädigt durch Bomben)
5. 3 Predigerwitwenhäuser (Einheitswert zusammen 15.180,- DM)
6. 1 Küsterhaus bei St. Marien (zerstört durch Bomben, Einheitswert 7.500,- DM)
7. 227.361,- DM Hypotheken
8. 79.019,88 DM Uraltguthaben
9. Sparkassen- und Bankguthaben aus neuer Belegung ohne Wert
10. Jährliche Einnahmen:
 - a) Pachten, jährlich rund 27.380,43 DM
 - b) Zinsen aus Hypotheken und Grundschulden (unbeziffert)
 - c) Renten jährlich 300,- DM aus dem Wulffschen Testament für die Georgenkirche und 8,86 DM aus Jassewitz und Niendorf
 - d) Einkaufsgelder für die Verleihung von Prövnerstellen (Pfründen) in den Stiftshäusern von im Durchschnitt jährlich von 2.900,- DM zwischen 1946 und 1950

⁹⁶ AHW, Ratsakten 2777.

⁹⁷ Ebenda, 2428 u. 2777. Die Grundstücksabteilung des Kommunalen Wirtschaftsunternehmens unterteilte den unbebauten Grundbesitz bei der Übernahme seiner Verwaltung 1950 näherhin in 194,62,78 ha Acker, 17,80,92 ha Wiesen, 16,55,06 ha Weiden, 40,59,58 ha Gärten, 4,27,49 ha Rohr und 7,83,68 ha Unland; ebenda, 852. LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. VI, # 370.

- e) Verkaufserlöse aus den Nachlässen der Prövner, deren Vermögen durch Erbverträge an die Geistlichen Hebungen gefallen waren, von im Durchschnitt jährlich 1.000,- DM.⁹⁸

Seit 1945 fungierten die Geistlichen Hebungen nur noch als Dienststelle der Stadtverwaltung, die dem Dezernat für Finanzen unterstellt wurde. Sie hatten ihre Diensträume im Rathaus und entrichteten hierfür Miete an die Stadt.⁹⁹ Einnahmen und Ausgaben der Hebungen wurden mit dem städtischen Haushalt verschmolzen und unter dem Kapitel „Kirchen“ im Einzelplan der Abteilung Finanzen, seit 1952 der Verwaltungsleitung, geführt. In einem Bericht an den Bürgermeister legte Stadtkämmerer Raspe, in dessen Ressort auch die Verwaltung der Geistlichen Hebungen fiel, 1946 allerdings Wert auf die Feststellung, daß die Geistlichen Hebungen „eine selbständige juristische Person mit eigenem Vermögen, welches von dem Vermögen der Stadtverwaltung stets getrennt verwaltet worden ist,“ seien, und riet: „Unter dem Druck der finanziellen Lage nach der Besetzung durch die Engländer und auch weiterhin ist die Einnahme der Geistlichen Hebungen nicht als Sondervermögen behandelt, sondern zu den allgemeinen Stadteinnahmen gezogen. Das war so lange richtig, als wir mit Unterschluß arbeiteten. Für den jetzigen Überschuß-Haushalt erscheint es, schon um die Einnahmen herabzumindern, dringend erwünscht, den alten, der wahren Rechtslage entsprechenden Zustand wieder herzustellen.“¹⁰⁰

Über die Einnahmen und Ausgaben der Geistlichen Hebungen bis zur Aufhebung der kommunalen Selbstverwaltung 1952 ließen sich aufgrund der Verschmelzung mit dem städtischen Haushalt sowie der Unvollständigkeit und außerordentlichen Unübersichtlichkeit¹⁰¹ der überlieferten städtischen Haushaltsakten nur sporadische Erkenntnisse gewinnen. Folgende Angaben ließen sich ermitteln: 1946 schlossen die Geistlichen Hebungen bei 46.00,- RM Ist-Einnahmen gegen 38.660,- RM Ist-Ausgaben mit einem Überschuß von 7.540,- RM.¹⁰² 1947 belief sich der Ist-Überschuß auf 5.117,- RM.¹⁰³ Zwar wurde 1947 für das Rechnungsjahr 1948 bei Soll-Einnahmen von 59.000,- DM und Soll-Ausgaben von 56.200,- DM noch ein Überschuß von 2.800,- DM eingeplant, doch wurden seit 1948 die Einnahmen der Geistlichen Hebungen nicht mehr gesondert im Haushalt ausgewiesen. Lediglich ein Titel „Unterschluß der Geistlichen Hebungen“ wies für das Rechnungsjahr 1948 einen Ist-Zuschuß von 12.100,- aus.¹⁰⁴ Seit 1949 liefen die Kosten für Bauten und Reparaturen an den Kirchen, Klöstern, Stifts- und Predigerhäusern nicht mehr über den Haushalt der Bauverwaltung. Durch das erwartete Emporschnellen der Kosten für die Gebäudeerhaltung wurde für das Rechnungsjahr 1949 ein um rund 45.000,- DM höherer Zuschuß erwartet. Im einzelnen handelte es sich um veranschlagte Baukosten für die Reparatur des Daches der Sakristei und der Renovierung der Spitztürme der St.-Georgen – Kirche (7.000,- DM), die Verglasung und Reparatur des Daches der St.-Nikolai-Kirche (16.000,- DM), der Verglasung und Reparatur des Daches der Hl.-Geist-Kirche (6.000,- DM) sowie laufende Reparaturen an den Stifts- und Predigerhäusern (1.600,- DM).¹⁰⁵ Weil die geplanten Baumaßnahmen infolge des Baustoffmangels nicht zustande kamen, beliefen sich

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ AHW, Ratsbeschuß 15.5.1946.

¹⁰⁰ AHW, Ratsakten 2428.

¹⁰¹ So lassen sich aufgrund mangelnder Systematik und Chronologie sowie fehlender Bezeichnungen, Datierungen und Unterschriften häufig nicht einmal die jeweils gültigen Quartalspläne sicher ermitteln.

¹⁰² Ebenda, 331.

¹⁰³ Ebenda, 1100. Hier ist die Aktenlage sehr verwirrend, da Raspe in seinem Planansatz über 39.000,- RM Einnahmen zunächst geschätzte Einnahmen in Höhe von 16.000,- RM fällige „Zinsen, Pachten usw.“ vergessen hatte. So wurde statt des ursprünglich erwarteten Unterschusses von 10.900,- RM der genannte Überschuß erzielt; ebenda 331.

¹⁰⁴ Ebenda, 1115.

¹⁰⁵ Ebenda, 333.

die tatsächlichen Ausgaben am Ende des Rechnungsjahres auf lediglich 4.300,- DM.¹⁰⁶ Die wirtschaftliche Verwaltung der Geistlichen Hebungen mit allen Gebäuden und Grundstücken wurde 1950 dem Kommunalwirtschaftsunternehmen (KWU) Wismar übertragen. So werden 1950 und 1951 im Kapitel „Kirchen und sonstige Religionsgemeinschaften“ nur jeweils nur noch 2.200,- DM Ausgaben für Miete und Pacht sowie Abgaben und Lasten und überhaupt keine Einnahmen mehr ausgewiesen.¹⁰⁷ Erst für 1952 mit der Übertragung der Verwaltung der Geistlichen Hebungen vom KWU auf das VEB Örtliche Wohnungsverwaltung werden wieder Einnahmen an Miete und Pacht durch die „Anstalten und Einrichtungen“ eingeplant, wenn auch lediglich in Höhe von 900,- DM. Die Ausgaben der „Anstalten und Einrichtungen“ werden wieder mit einer aus den Haushaltsplänen von vor 1948 gewohnten Summe, 57.400,- DM veranschlagt.¹⁰⁸ Tatsächlich betragen die Ist-Ausgaben 1952 49.000,- DM. Die jährlichen Einnahmen der Hebungen wurden auf 20.000,- DM geschätzt. Der Überschuß wurde aus dem Kapitel „Denkmalschutz“ im Rahmen des Gesamthaushalts gedeckt.¹⁰⁹

Die Übergabe der Verwaltung der Geistlichen Hebungen an das KWU sollte nur vorübergehend sein. So wurde in der vom Verwaltungsrat am 29.12.1950 abgegebenen Erklärung über die Übernahme des unbebauten Grundbesitzes der Stadt der Grundbesitz der Geistlichen Hebungen nicht aufgeführt, da nach Ansicht von Stadtkämmerer Raspe der Rat der Stadt nicht berechtigt war, allein über den Grundbesitz der Hebungen zu verfügen. Hierzu war seiner Meinung nach sowohl die Zustimmung der Landesregierung als auch die des Oberkirchenrats erforderlich. Die Zustimmungen wurden vom Rat nicht eingeholt, wohl sollten jedoch die Pachteinahmen aus dem unbebauten Grundbesitz der Hebungen vierteljährlich an die Stadtkasse abgeführt werden. Die Mieteinnahmen sollten dem KWU zufließen, das allerdings auch die auf die Hebungengebäude entfallenden Unterhaltungskosten aufzubringen hatte.¹¹⁰

Der Versuch des KWU, auch die Funktion der Obrigkeit auszuüben, wurde 1950/51 im Streit um das Glockenläuten vereitelt.¹¹¹ Rechtsanwalt Hans Raspe, der seiner Zeit als Finanzdezernent selbst Ratsmitglied gewesen war, betonte in diesem Zusammenhag: „Wenn der Rat [...] die wirtschaftliche Verwaltung der Geistlichen Hebungen dem KWU übertragen hätte, so könne sich das nur beziehen auf die wirtschaftliche, niemals aber auf die obrigkeitliche Funktion.“ Es sei ein fester Rechtszustand vorhanden bezüglich der Rechte der Kirche und der Rechte des Rats, und an diesem Rechtszustand könne nicht gerüttelt werden. Dabei habe er „stets den Standpunkt vertreten und werde ihn weiter vertreten, daß das Regulativ der G. H. ohne Mitwirkung des Oberkirchenrats nicht außer Kraft gesetzt werden kann. Denn es ist s. Zt. vom Landesherrn in seiner Eigenschaft als Oberbischof genehmigt worden. Es müssen, wenn eine Aufhebung des Regulativs erfolgen sollte, die Belange der Kirche selbstverständlich gewahrt werden.“¹¹²

Die Kosten für Bauten und Reparaturen an den Hebungengebäuden wurden von wenigen Ausnahmen abgesehen von der Bauverwaltung getragen. Gleichwohl lassen die wenigen erhaltenen Bauakten sowie der Zustand der Wismarschen Haushaltsakten nur ein

¹⁰⁶ Ebenda, 1103.

¹⁰⁷ Ebenda, 335 u. 1039 Anlage.

¹⁰⁸ Ebenda, 336.

¹⁰⁹ Angaben aus Gesprächsprotokoll vom 28.1.1953; LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. VI, # 370.

¹¹⁰ Ausdrücklich wurde in diesem Zusammenhag auch auf die Verpflichtung zur Unterhaltung der Predigerhäuser hingewiesen; AHW, Ratsakten 852.

¹¹¹ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. VI, # 363-365; auch ebenda, Bd. VII, # 436 (Beilagen).

¹¹² Ebenda, # 365.

unvollständiges Bild entstehen. Danach hat das Hochbauamt zwischen von 1.8.1945 – 30.6.1946 für Hebungsgebäude, Kirchen und Predigerhäusern 20.100,- RM, für Klöster und Stifte 2.289,- RM und für die Hebungswohnhäuser 1.260,- RM aufgewendet.¹¹³ Für das 3. Quartal 1946 wurden für Hebungsgebäude, Kirchen und Predigerhäuser 37.500,- RM, für Klöster und Stifte 28.000,- RM und für die Hebungswohnhäuser 2.650,- RM eingeplant.¹¹⁴ Für das Rechnungsjahr 1947 wurden veranschlagt: 19.650,- laufende und 131.600,- RM einmalige Kosten für Hebungsgebäude, Kirchen und Predigerhäuser, 3.800,- laufende und 26.400,- RM einmalige Kosten für Klöster und Stifte und 960,- laufende und 2.300,- RM einmalige Kosten für die Hebungswohnhäuser.¹¹⁵

Erstaunlicherweise ließen sich nur drei lediglich aussagekräftige Akten über Hebungsgebäude aus der Zeit 1945-1952 ermitteln: Hl.-Geist-Kirche und –Stift, Großes und Kleines St.-Georgs-Gasthaus sowie St.-Nikolai-Kirche und Nikolaikirchhof.¹¹⁶ Nach diesen Akten übernimmt im Zeitraum 1945-1949, von einer Ausnahme abgesehen, die Bauverwaltung die Reparaturen und veranlaßt die notwendigen Zahlungen. 1947 zahlen die Geistlichen Hebungen 107,56 RM für die Instandsetzung des Kellers unter der Hl.-Geist-Kirche, für den die Hebungen Mieteinnahmen von der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft-Raiffeisen Mecklenburg-Vorpommern für die Nutzung als Kartoffelkeller bezogen.¹¹⁷ Außerdem wurden die Kosten für Reparatur und Pflege der Orgeln vollständig von den Geistlichen Hebungen getragen, bevor 1950 das Dezernat Volksbildung, Abteilung Volkskultur, die Betreuung der Orgeln in Kirchen und Schulen übernahm und die Kosten anweisen ließ.¹¹⁸

Seit 1946 versuchte die Landeskirche „in enger Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt Wismar“, den Wiederaufbau der St.-Georgen-Kirche in die Wege zu leiten. Am 29. Januar 1947 beantragte der Oberkirchenrat in Schwerin beim Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland die Bereitstellung von Geldern für den Wiederaufbau von St. Georgen, worauf 50.000,- RM bewilligt wurden. Am 12. Februar wurde eine Bitte um die Lieferung von Baustoffen an die Schwedische Kirche gerichtet. Die Stadt Wismar hatte zuvor ihre Bereitwilligkeit, „die Kosten zu tragen, soweit sie nicht aus dem Zuschuß des Hilfswerk, einem Zuschuß des nebenbezeichneten Landesamt für Denkmalpflege und aus Haushaltsmitteln der Landeskirche finanziert werden könne“.¹¹⁹ Die Angelegenheit kam um die Jahreswende 1948/49 ins Stocken, da es an Baustoff mangelte und die sowjetische Kommandantur den Antrag der Stadt auf Einstellung entsprechender Haushaltsmittel abgelehnt hatte. Der Oberkirchenrat bot am 22.12.1948 an, einen Teil der Baukosten aus den Kollektenerträgen für zerstörte Kirchen zuzuschießen. Ein vom Oberkirchenrat eingemahnter Kostenüberschlag der Stadt schätzte die Baukosten nur für die dringlichsten Reparaturen auf 100.000,- DM.¹²⁰ Auch die Initiativen des Oberkirchenrats im Folgejahr wurden von der Stadt mit der Begründung fehlender Haushaltsmittel abgeblockt, so daß die vom Hilfswerk zugesagten Gelder nicht angerufen werden konnten.¹²¹ Erst 1952 wurde vonseiten der Stadt mit Hilfe der beim Abriß von St. Marien gewonnenen Steine der Wiederaufbau von St. Georgen erneut ins Auge gefaßt.¹²²

¹¹³ AHW, Ratsakten 330, Bd. III.

¹¹⁴ Ebenda, Bd. I.

¹¹⁵ Ebenda, Bd. II.

¹¹⁶ Ebenda, XXIII,6,15-17.

¹¹⁷ Ebenda, XXIII,6,15.

¹¹⁸ AHW, Geistliche Hebungen V,1,9.

¹¹⁹ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. VI, # 363.

¹²⁰ AHW, Ratsakten 3596.

¹²¹ Ebenda, 1441.

¹²² Ebenda, 1436, # 29. Die gewonnenen halben Steine wurden zum Bau von Schweinehütten im Kreisgebiet verwandt.

Bürgermeister Oetteking machte am 21.5.1951 im Zusammenhang mit der Frage der Zuständigkeit für die Orgelpflege die Feststellung: „Nach dem Regulativ – 3.3.1834 [sic] – hat der Rat die Verpflichtung, die Instandhaltung der Gebäude und sonstiger kirchlicher Einrichtungen durchzuführen. Hierzu gehört auch die Orgelpflege. Es soll beabsichtigt sein, die Aufgaben, die den Gemeinden [sic] aufgrund des Regulativs obliegen, künftig auf die Kirchgemeinden zu übertragen. Dabei ist in Aussicht genommen, den Kirchgemeinden entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.“¹²³

Am 17.1.1952 beschloß der Rat die Überführung der Geistlichen Hebungen in Volkseigentum. Die Verwaltung sollte auf den VEB Örtliche Wohnungsverwaltung übergehen.¹²⁴ Zwar intervenierten Finanzministerium und Hauptreferat Örtliche Wirtschaft, indem sie die Örtliche Wohnungsverwaltung anwiesen, die Hebungshäuser nicht zu übernehmen, solange diese nicht auch grundbuchlich als Volkseigentum eingetragen seien,¹²⁵ gleichwohl erfolgte die Übertragung wenig später, auch ohne erfolgte Grundbucheintragung. Gleichzeitig wurde auch das vorhandene Kapitalvermögen bei der Investitionsbank übertragen.¹²⁶

IX. Von der Aufhebung der kommunalen Selbstverwaltung bis zum Vertrag von 1961

Der Oberkirchenrat erkannte seit Mitte 1951 zwar die Notwendigkeit, die Verhandlungen mit der Stadt Wismar über die Neuregelung der Geistlichen Hebungen wieder aufzunehmen, unternahm dazu nach der Absage des dafür ins Auge gefaßten Verhandlungsführers, Rechtsanwalt Raspe, aber offensichtlich bis Ende 1952 keinen erneuten Anlauf.¹²⁷

Mit dem „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR“ vom 23.07.1952 erlosch die kommunale Selbstverwaltung. Städte und Gemeinden waren jetzt nur noch die Rechtsträger ihres in Volkseigentum überführten Vermögens.

Am 11. Dezember 1952 forderte die Referentin der Abteilung Verbindung zu den Kirchen beim Rat des Bezirks Rostock, Nosty, zur beschleunigten Wiederaufnahme der Verhandlungen um die Neuordnung der Geistlichen Hebungen auf.¹²⁸ Ihre Vorschläge allerdings, nach denen bei Befreiung der Stadt von sämtlichen Lasten das Eigentum an Kirchen, Pfarr- und Pfarrwitwenhäusern auf die Kirche, das an den Ländereien in Volkseigentum und die Hypotheken auf die Investitionsbank übergehen sollte, wurden freilich als von vornherein unannehmbar von Oberkonsistorialrat Jörn abgelehnt, beinhalteten die Vorschläge doch eine vollkommen einseitige Verteilung der Lasten zuungunsten der Kirche, während der Teil des Vermögens, der auch Gewinne erwirtschaftete, danach in andere Hände übergehen sollte.¹²⁹

¹²³ AHW, Geistliche Hebungen V,1,9.

¹²⁴ AHW, Ratsbeschlüsse 17.1.1952 u. 24.1.1952.

¹²⁵ AHW, Ratsakten 2782.

¹²⁶ Ebenda, 2428.

¹²⁷ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. VI, # 366-367. Raspe sagte wegen Befangenheit ab, da er fünf Jahre Dezernent der Stadt Wismar für die Geistlichen Hebungen war.

¹²⁸ Ebenda, # 369.

¹²⁹ Ebenda, # 370.

Die Verhandlungen waren noch nicht weit gediehen, als am 10. März 1953 die Stadt Wismar erklärte, auf Anordnung der Regierung der DDR im Haushaltsplan sämtliche Mittel der Geistlichen Hebungen gestrichen zu haben. Rechnungen, die bisher vom Hebungsdepartement bezahlt worden waren, gingen seitdem unbezahlt an den Oberkirchenrat weiter mit der Bitte um Begleichung aus der Landeskirchenkasse. Lediglich die Betreuung der Stiftsinsassen wurde von der Stadt weiter finanziert. Ein Antrag der Stadt, ihr wenigstens den Vorschuß der notwendigen Ausgaben bis zur Feststellung des endgültig Verpflichteten zu gestatten, wurde vom Finanzministerium abgewiesen. Die Stadt sah sich so, noch bevor eine Auseinandersetzung um das Vermögen der Geistlichen Hebungen stattgefunden hatte, veranlaßt, die Pflichten zur Zahlung aus dem Vermögen der Geistlichen Hebungen einseitig aufzukündigen. Der Oberkirchenrat lehnte die Übernahme von Zahlungen für Ausgaben der Geistlichen Hebungen zwar grundsätzlich ab, sah sich jedoch gezwungen, vorschußweise die Gehälter der Organisten und Küster zu übernehmen.

Zwecks einer Auseinandersetzung über die kommunalen Patronate mit dem Ministerium des Inneren, Abteilung Kirchenfragen, der DDR wandte sich der Oberkirchenrat seit 1953 an die EKD (Außenstelle Berlin), was jedoch ebenfalls nicht zu einer Auflösung der Geistlichen Hebungen im Sinne der Zurückführung des Kirchengutes an die Ortskirchen führte.¹³⁰

Auch angesichts der vom Institut für Denkmalschutz in der DDR 1955 für die Restaurierung von St. Georgen und St. Nikolai bereitgestellten Gelder konnten sich Stadt und Landeskirche nicht über das Eigentum an den Kirchen einigen. Die Stadt behauptete, die Kirche sei Eigentümerin, diese wiederum, die Stadt sei Eigentümerin.¹³¹

Ende 1955 hegte die Stadtverwaltung die Absicht, die eigenständige Verwaltung der Geistlichen Hebungen durch entsprechenden Ratsbeschluß zur Auflösung zu beenden, indem sämtliche Vermögensteile in das städtische Eigentum bzw. in Volkseigentum überführt würden. Die Ratsvorlage erläutert:

„Die Geistlichen Hebungen sind demnach eine Sammlung von einzelnen Vermögensteilen, die von einem bestimmten Mutter-Gemeinwesen getrennt worden sind. Sie stellen ein Sondervermögen mit eigener juristischer Persönlichkeit dar. Die Verwaltung dieses juristisch-selbständigen Sondervermögens obliegt nach dem Regulativ dem Oberbürgermeister der Stadt Wismar. Die Verwaltung ist bisher dem Regulativ entsprechend durchgeführt worden. Beanstandungen seitens der Kirche hat es bisher nicht gegeben. Im Jahre 1945 wurde die Verwaltung durch den Rat der Stadt Wismar fortgesetzt unter der Auffassung, daß es sich nach wie vor um ein rechtlich-selbständiges Vermögen handelt. Die veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik verlangen, daß dieses Sondervermögen diesen Auffassungen angepaßt wird. Die Verwaltung des Vermögens der Geistlichen Hebungen ist bisher rein verwaltungsrechtlicher Natur gewesen. Deshalb ist auch die veränderte Nutzung des Vermögens durch Verwaltungsakt zu bestimmen. Da nach dem Regulativ der Rat der Stadt Wismar die Möglichkeit einer ‚gesetzlichen Abänderung durch gemeinsamen Beschluß des Rates und bürgerschaftlichen Ausschusses‘ hat, kann an einer verwaltungsrechtlichen Behandlung des Vermögens kein Zweifel sein. Es ist gleichfalls unzweifelhaft, daß die § 63 des Regulativs gegebene Möglichkeit auch die Überführung des Gesamtvermögens der Geistlichen Hebungen in das Eigentum des Volkes einschließt.

§ 63 führt aus, daß die Verwaltung der Hebungen in der im Regulativ geschilderten Art und Weise nur bis dahin geführt werden soll, bis der Rat eine Abänderung trifft.“

¹³⁰ Ebenda, # 372ff.

¹³¹ AHW, Ratsakten 256.

Die Beschlußvorlage lautete: „In Interesse einer planvollen wirtschaftlichen Verwaltung der Vermögenswerte der Geistlichen Hebungen wird das Sondervermögen der Geistlichen Hebungen aufgelöst und in die Verwaltung der entsprechenden Staatsorgane überführt.“¹³²

Dem begegnete der Oberkirchenrat am 2. Februar 1956 mit einer ausführlichen Erwiderung, wonach

1. die Geistlichen Hebungen als rechtsfähige Stiftung nur im Rahmen des § 87 des BGB aufgehoben werden könnten, d.h. nur, wenn die Erfüllung des Stiftungszweckes unmöglich geworden wäre. Das Hebungsvermögen sei jedoch nach wie vor in der Lage, die in §§ 2 und 36-52 des Regulativs im einzelnen aufgeführten Stiftungszwecke herbeizuführen. Sofern seit den 1920iger Jahren Vermögensbestandteile entgegen dem Stiftungszweck durch das Hebungsdepartement (bzw. die Stadt als Geschäftsführer ohne Auftrag des seit 1945 nicht mehr besetzten Hebungsdepartements) veräußert worden seien, seien umfangreiche Ersatzansprüche gegen die Stadt getreten.
2. Beschlüsse des Rates und des bürgerchaftlichen Ausschusses nach § 63 Regulativ dürfen nicht ohne Außerachtlassung des § 20 sowie des Genehmigungsvermerks vom 1. August 1832 ohne Genehmigung der Landesregierung und des Oberbischofs (deren Befugnisse auf den Oberkirchenrat übergegangen sind) ausgeführt werden. Eine Aufhebung des Regulativs könne nicht ohne landesherrliche und oberkirchenrätliche Bestätigung erfolgen. Dazu wird auf die durch Verfügung vom 21. Januar 1920 erfolgte Genehmigung der Landesregierung zur Abänderung des § 43 Ziffer 2 des Regulativs (Instandhaltungspflicht des Dienstwohnungsinhabers entsprechend den Mecklenburg-Schweriner Verordnungen eines Dienstwohnungsinhabers) Bezug genommen.
3. Auch wenn durch Vereinigung in der Stiftung der Geistlichen Hebungen wesentliches Kirchengut der örtlichen Kirchen und der ihnen gleichgestellten mildtätigen Stiftungen (Hospitäler) als juristische Personen des öffentlichen Rechts durch Rechtsakt übertragen worden war, haben die Ortskirchen ihre Rechtsfähigkeit nicht verloren, wie nachstehend aufgeführte Prozesse, in denen die Parteifähigkeit der Ortskirchen anerkannt wurde, belegen (darunter die Prozesse zwischen St. Marien und den Geistlichen Hebungen bzw. der Stadt Wismar). Durch die Übertragung der Verwaltungs- und Verfügungsmacht über das jeweiligen Kirchengut auf die Geistlichen Hebungen ist den Ortskirchen und den sonstigen mildtätigen Stiftungen nicht ihr Vermögen entzogen worden. Das gesamte Ärar- und Pfründenvermögen ist zur Verfolgung des jeweils gleichen Stiftungszweckes auf die Geistlichen Hebungen als einheitliche Stiftung übertragen worden. In diesem Zusammenhang wird auf § 2 Regulativ abgehoben mit dem Hinweis, daß auch Unterricht und Armenpflege ursprünglich kirchliche Aufgaben gewesen seien. Sollten die Geistlichen Hebungen aufgelöst werden, so wären die Ortskirchen und Hospitäler einzige Anfallberechtigte des Kirchengutes. Hier wird auf §§ 37 Abs. 2 und 83 BGB verwiesen.¹³³
4. Das in § 20 des Regulativs über die kirchlichen Verhältnisse Wismars von 1829¹³⁴ bleibt bestehen.

¹³² Ebenda, 2428; dort auch der Bericht von Oberbürgermeister Kolm vom 6. Oktober 1955.

¹³³ LKAS, OKR Specialia Wismar, Geistliche Hebungen, Bd. VII, 1955-1962, # 407; Zusammenfassung nach Kriedel: Rechtsverhältnisse (wie Anm. 68), S. 11-12.

¹³⁴ Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsches officielles Wochenblatt 1829, S. 54. Die allgemeinen Ausführungen zum Patronat wurden hier weggelassen.

Die weiteren Verhandlungen sollten vom Oberkirchenrat und Landessuperintendent Dr. Steinbrecher mit folgenden Zielvorstellungen geführt werden:

1. Nur die bebauten, teilweise durch Kriegseinwirkungen stark beschädigten, aber nach entsprechender Instandsetzung einer Nutzung zuführenden Grundstücke sollen den jeweils benannten Ortskirchen durch entsprechende Grundbuchumschreibung übertragen werden, sofern sie aus damaliger Sicht auch einer kirchlichen Nutzung zugeführt werden können.
2. Hinsichtlich der St.-Marien-Kirche nur der durch Bombeneinwirkung verschonte Turmbereich und das dazugehörige Grundstücksteil. Das weitere Grundstück des ehemaligen Kirchenschiffes wird auf die Stadt Wismar umgeschrieben.
3. Die St.-Georgen-Kirche soll langfristig instandgesetzt und wieder aufgebaut werden und erst nach Vollendung grundbuchmäßig auf die Ortskirche umgeschrieben werden.
4. Die St.-Nikolai-Kirche soll erst nach dessen abschließender Instandsetzung auf die Ortskirche umgeschrieben werden.
5. Hinsichtlich der Heilig-Geist-Kirche wird eine städtische Instandsetzung angeboten und eine Übergabe der rein kirchlichen Gebäude in kirchliches Eigentum angedacht. Das sonstige Stiftungsgebäude soll ebenso wie die Armenhäuser und die weiteren Gasthäuser (Weberstraße, Hundestraße, Papenstraße, Baustraße etc. und das Grundstück des ehemaligen Küster- und Bälgetreterhäuschens) grundbuchmäßig auf die Stadt umgeschrieben werden.
6. Auf die jeweilige Ortskirche gehen lediglich neun näher bezeichnete bebaute Hausgrundstücke über (die Pfarrhäuser, Predigerwitwenhäuser und Kirchenvoigtgehäuser).
7. Der vorhandene Grundstücksbesitz (Dörfer, Güter und Äcker) sowie das noch vorhandene Kapitalvermögen auf der Investitionsbank sollen in städtisches bzw. volkseigenes Vermögen überführt werden.

Vorderstes Ziel sollte der Abschluß eines für beide Seiten vertretbaren Vertrages sein. Nicht die Wiederherstellung des vergangenen Zustandes der Geistlichen Hebungen war das Ziel, sondern ihre Ablösung sowie die Aufhebung des Regulativs von 1832 durch einen neuen Vertrag.¹³⁵

Die Verhandlungen über die Geistlichen Hebungen wurden vonseiten der Stadt Wismar jedoch erst 1959 wieder aufgenommen. Ohne Bezug auf das städtischen Patronat und die damit verbundenen Baulasten in Hinblick auf die drei Stadtkirchen und die sonstigen kirchlichen Institute und ohne Beachtung der Eigentumsverhältnisse der bis dahin noch den Geistlichen Hebungen gehörenden Ländereien (Dörfer, Güter und Äcker) wurde vonseiten der Stadt über eine gleichmäßige Aufteilung der bebauten Grundstücke, teilweise unter vorheriger Instandsetzung durch die Stadt, nachgedacht.

Endlich wurde am 11. April / 3. Oktober 1961 der Vertrag zwischen dem Rat der Stadt Wismar, vertreten durch den 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, Stadtrat Butzirus, und den Wismarer Kirchen, vertreten durch den Landessuperintendenten in Wismar, Dr. Steinbrecher, zur Aufhebung der Geistlichen Hebungen in der Stadt Wismar geschlossen. Der Vertrag hob

¹³⁵ Ebenda, # 414.

das Regulativ von 1832 auf und verteilte das Vermögen der Geistlichen Hebungen unter den Vertragsschließenden. Die Kirchgemeinden erhielten das Eigentum an den Kirchengebäuden und -grundstücken, während die Hebungsgrundstücke in das Eigentum der Stadt übergingen. Ferner verpflichtete sich die Stadt zur Durchführung umfangreicher Baumaßnahmen an den Kirchen: Instandsetzung des Turmes von St. Marien, Wiederaufbau von St. Georgen, Instandsetzung und Restaurierung von St. Nikolai, Instandsetzung der Hl.-Geist-Kirche, Überholung bzw. Reparatur der in das Eigentum der Kirchgemeinden übergehenden Wohnhäuser und Instandsetzung des Archidiakonathauses. Auch noch bei späteren Instandsetzungen sollte die Stadt die Kirche unterstützen.¹³⁶

Die Gültigkeit des Vertrages von 1961 kann heute aus verschiedenen Gründen bezweifelt werden: Einerseits befand sich eine der Vertragsparteien, die Kirche, in einer historischen Notsituation, die ihr ein weit höheres Maß an Konzessionen gegenüber dem Staat abverlangte, als sie in einem freien Gemeinwesen zuzugestehen bereit gewesen wäre. Umgekehrt verpflichtete sich die Stadt im wesentlichen nur zu Leistungen, die durch die Patronatsverhältnisse ohnehin geboten waren.¹³⁷

Stellt dieses Argument den Vertrag erst in der Rückschau und eher in moralischer Hinsicht in Frage, so gibt es auf der anderen Seite auch rein rechtliche Gründe seine Gültigkeit selbst auf der Grundlage der seinerzeit geltenden Gesetze in Zweifel zu ziehen. Zum einen ist die Vertretung der Ortskirchen als Berechtigte der Geistlichen Hebungen durch den Landessuperintendenten kirchenrechtlich nicht begründbar, zum anderen hatte man bei Vertragsschluß die auch nach dem Zivilgesetzbuch der DDR erforderliche Beurkundungspflicht von Verträgen mit Verpflichtungen zur Veräußerung oder zum Erwerb von Grundstücken nicht beachtet.¹³⁸

Zur Klärung der bis heute strittigen Rechtslage wird daher dem Zustand vor der Aufhebung der kommunalen Selbstverwaltung wieder vermehrte Bedeutung zukommen.

¹³⁶ Der Vertrag wurde am 20. November durch den Oberkirchenrat und am 6. Dezember durch den Rat des Bezirkes Rostock oberbehördlich genehmigt; ebenda, # 443 u. 447; AHW, Ratsakten 393.

¹³⁷ Susanne Böhlend: Das Patronatsrecht in Mecklenburg und seine Aktualität, Jahrbuch für Mecklenburgische Kirchengeschichte. Mecklenburgia Sacra 1 (1998), S. 1-50, S. 27.

¹³⁸ Hierzu ausführlich Kriedel, Rechtsverhältnisse (wie Anm. 68), S. 16-19, und Rausch in diesem Band.